Otto Brenner Stiftung

Lutz Mükke



30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung

Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?

Ein Diskussionspapier der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2021

OBS-Arbeitspapier 45

OBS-Arbeitspapier 45
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:
Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:
Dr. Lutz Mükke
Lessingstr. 17
D-04109 Leipzig
E-Mail: lutzmuekke@web.de
www.muekke.de

Projektmanagement:
Jupp Legrand (OBS)

Redaktion:
Isabelle Puccini (OBS)

Satz und Gestaltung:
think and act –
Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:
©Karikatur von Gerhard Mester, Wiesbaden
mester-kari@gmx.de

Redaktionsschluss:
15.01.2021

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:
Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:
www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Der wissenschaftliche, politische und mediale Diskurs über das „innerdeutsche“ Ost-West-Verhältnis und den Stand des Vereinigungsprozesses hat in den vergangenen Jahren deutlich an Qualität gewonnen. Fragen der Partizipation oder Repräsentation und nach der (Ohn)Macht von Ostdeutschen sind zu zentralen Aspekten geworden. Der anhaltende Unmut über die mangelhafte Teilhabe von Ostdeutschen schlägt sich etwa in Sachbüchern wie *„Die Übernahme“* und in Säle füllenden Tagungen wie *„Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“* nieder. Neu daran ist nicht nur der selbstbewusstere Tonfall ostdeutscher Akteure. Sondern auch, dass diese Debatten inzwischen von Teilen des etablierten Politikbetriebs unterstützt werden.

Trotz dieser positiven Entwicklungen kann allerdings auch festgehalten werden, dass die Rolle der Massenmedien im bis heute anhaltenden Vereinigungsprozess über Jahrzehnte vergleichsweise wenig diskutiert worden ist. Dieser bemerkenswerte Befund ist der Anlass für unser Diskussionspapier. Dass es um die massenmediale Teilhabe Ostdeutscher auch über 30 Jahre nach der Vereinigung nicht besonders gut bestellt ist, dürfte unstrittig sein:

- In den Führungsetagen der wichtigen bundesrepublikanischen Leitmedien sind so gut wie keine Ostdeutschen zu finden.
- Fast alle Regionalzeitungen, die im Osten erscheinen, sind in Besitz westdeutscher Medienunternehmen.
- In den Chefetagen der großen ostdeutschen Regionalzeitungen sind Westdeutsche ähnlich überrepräsentiert wie vielerorts beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
- Bei der Ausbildung von Journalist*innen sieht es nicht besser aus: Journalistenschulen bilden kaum Nachwuchs mit ostdeutschem Hintergrund aus.

Bis heute erweist sich der Osten der Republik als eine massenmedial multiple Problemzone. Die überregionale westdeutsche Qualitätspresse wird hier so gut wie nicht gelesen. Ist die Ursache darin zu sehen, dass sie zu lange im besserwisserisch-belehrenden „Auslandsduktus“ daherkam und nie ernsthaft das Anliegen verfolgte, Ostdeutschland und die Ostdeutschen zu repräsentieren und zu integrieren? Die großen Medienhäuser aus Hamburg, München und Frankfurt investierten jedenfalls denkbar wenig in Infrastruktur und Personal im Osten. Gleichzeitig konnte sich kein originär ostdeutsches überregionales Leitmedium etablieren, das im gesamtdeutschen Diskurs ostdeutsche Perspektiven hätte einbringen können. Die *Berliner Zeitung*, einst mit dem Anspruch angetreten, die deutsche *Washington Post* zu werden, hat zu Beginn des Jahres den Einzelverkauf im „Westen der Republik“ eingestellt. Der Osten mit seinem anderen Wahlverhalten, anderen Mentalitäten,

anderen kulturellen, politischen und sozialen Prägungen erscheint vielen, so der nüchterne Befund unseres Autors Lutz Mükke, bis heute allzu oft eine negativ zu bewertende Abweichung von der westdeutschen Realität, als das rückständige Anhängsel, als Dunkeldeutschland.

Das Diskussionspapier will mehr sein als „nur" eine aktuelle Momentaufnahme zu der Frage, ob Deutschland nach 30 Jahren politischer Einheit weiterhin medial gespalten ist? Unser Autor Lutz Mükke ist als Ostdeutscher mit der Geschichte des Themas eng verbunden, als Journalist und Publizist ein profunder Kenner der Medienlandschaft des Ostens und als promovierter Medien- und Kommunikationswissenschaftler vertraut mit den blinden Stellen und fragwürdigen Lücken der Forschung. Er geht in Exkursen zurück bis in die Wende-Jahre und zeichnet in groben Zügen einige zentrale massenmediale Entwicklungen in Ostdeutschland nach. Auch auf die Marginalisierung der ostdeutschen Intelligenz, deren Stimmen, Erfahrungen, Ideen und Utopien, die bis heute kaum massenmedialen Widerhall finden, wird eingegangen. Anzunehmen ist, dass die skizzierten Problemzonen mit zu den Vertrauensverlusten beigetragen haben, den Lügenpresse- und Staatsfunk-Rufer*innen Raum gaben und über die Veränderung des gesellschaftspolitischen Klimas die großen Mobilisierungserfolge populistischer Bewegungen in jüngster Zeit begünstigt haben.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung werfen wir aber nicht nur den Blick zurück. Wir stellen auch nicht nur Fragen, sondern wir wollen uns vorsichtig mit einigen Handlungsempfehlungen an Antworten wagen. Dazu gehören etwa die Quotendiskussion für Ostdeutsche und Überlegungen zur Stärkung des kritisch-kontrollierenden Journalismus in den neuen Bundesländern. Konkret schlagen wir eine Veranstaltungsreihe in mittleren und kleineren Städten und Gemeinden Ostdeutschlands vor. Wenn wieder die Zeit für Vor-Ort-Veranstaltungen gekommen ist, wird die Otto Brenner Stiftung die Initiative ergreifen und öffentliche Termine zur Diskussion unseres Arbeitspapiers und zur Reflektion der aktuellen Lage anbieten. Wir laden Akteure aus Medien, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der politischen Aus- und Weiterbildung als Kooperationspartner schon jetzt dazu ein, mit uns gemeinsam in den neuen Bundesländern über historische Defizite der Medienentwicklung zu diskutieren und sich für die Chancen, die in der neuen Medienlandschaft liegen, zu engagieren.



Jupp Legrand
Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Februar 2021

Inhalt

1 Ausgangslage, Fragestellungen und Vorgehensweise 6

2 Massenmedien in der DDR und die kurze Zeit der Selbstermächtigung 9

3 Medienlandschaft im Wandel –
Wende-Neugründungen und Angebote aus dem Westen 12

3.1 Kohl-Regierung und Treuhand – Das Etablieren monopolistischer Provinzstrukturen 14

- *Exkurs: Das Scheitern westdeutscher Investitionen in die DDR-Blockparteien-Presse 18*
- *Exkurs: Der Elitenwechsel bei den ostdeutschen Regionalzeitungen 19*

3.2 Der Wilde Osten – Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) 20

- *Exkurs: DT64 – Jugend-Revolte im Schwitzkasten 21*
- *Exkurs: Die Wende beim Mitteldeutschen Rundfunk 24*

3.3 Überregionale Medien – Belehrende Distanz und fehlende ostdeutsche Perspektiven 27

- *Exkurs: Der Tiefpunkt Sebnitz 30*
- *Exkurs: „Die Zeit“ im Osten 32*

4 „Wer beherrscht den Osten?“ –
Partizipation, Repräsentation und System-Loyalität der Ostdeutschen 34

5 Die neue Kritik – DDR-Oppositionelle und die 3. Journalist*innen-Generation Ost ... 38

6 Politische Eruptionen anhaltender Ungerechtigkeiten 40

7 Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen 42

Die interviewten Personen 44

Literatur 45

Über den Autor 49

1 Ausgangslage, Fragestellungen und Vorgehensweise

Die demokratischen Institutionen, marktwirtschaftlichen Regularien und das Grundgesetz der Bundesrepublik sind in den neuen Bundesländern etabliert. Die Staatsverwaltung, die sozialen Sicherungssysteme, die Parteienlandschaft, das Mediensystem, die Eigentumsverhältnisse und alle Wirtschaftszweige sind neu geordnet. Freie Wahlen, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, rechtsstaatliche Verhältnisse, Unternehmerfreiheit und Privatautonomie sind garantiert. Auch der Wohlstand ist im Osten so groß wie nie zuvor. Die meisten Innenstädte blitzen. Und dennoch: Ähnlich wie beim 5., 10. und 20. Jahrestag war die Feierlaune über die Wiedervereinigung auch nach dreißig Jahren eher gedämpft. Die Diskurse über den Vereinigungsprozess reißen nicht ab. Im Gegenteil. Sie erreichen neue Qualitäten. Wissenschaftliche Studien und reflektierte Wortmeldungen von Intellektuellen, Politiker*innen und Journalist*innen ergeben heute ein klareres und analytischeres Mosaik vom Themenkomplex als je zuvor. Erstaunlich dabei: Die Rolle der Massenmedien und deren Funktionen und Wirkungen im bis heute anhaltenden Vereinigungsprozess ist in den zurückliegenden Jahrzehnten vergleichsweise wenig diskutiert worden. Diese Lücke lässt sich mit unserem Arbeitspapier nicht schließen; wir werfen einige Fragen auf und versuchen, damit ein Angebot zu reflektierten Diskussionen zu verbinden:

- Welche Rolle spielten und spielen Massenmedien im Prozess der Wiedervereinigung?
- Welche Strukturen bestimmen heute die Medienlandschaft in den neuen Bundesländern?
- Warum lesen Ostdeutsche heute ausgerechnet jene Qualitätsmedien nicht, die den kulturellen und politischen Diskurs der Bundesrepublik maßgeblich begleiten und formen? Zwischen Thüringer Wald und Kap Arkona finden *Die Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und *Der Spiegel* kaum Absatz.
- Welchen Einfluss haben Ostdeutsche auf den Mediendiskurs?
- Gibt es möglicherweise einen Zusammenhang zwischen der verfestigten Provinzialisierung und Boulevardisierung der ostdeutschen Medienlandschaft und den vielen „Lügenpresse“- und „Staatsfunk“-Rufer*innen in den neuen Bundesländern?

Um Antworten auf diese komplexen Fragen zu finden und mögliche historische Zusammenhänge zu erhellen, blickt das Diskussionspapier bis in die Wendezeit 1989/90 zurück und skizziert schlaglichtartig ausgewählte, strukturbildende Phänomene der Medienentwicklung in den neuen Bundesländern. Es werden unter anderem folgende Aspekte betrachtet:

- die erstickte Medienrevolution,
- die Zeitungslandschaft in Ostdeutschland,
- den Aufbau und Entwicklungen des Mitteldeutschen Rundfunks als Beispiel für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk,

- die Rolle der überregionalen westdeutschen Leitmedien und
- die ostdeutschen Eliten und deren Partizipation und Repräsentation.

Die Untersuchung möchte zur laufenden Medien- und Demokratiedebatte beitragen und sich den komplexen Prozessen und historischen Abläufen annähern. Dies geschieht kursorisch und deskriptiv rückblickend. Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf abschließende Befunde wird nicht erhoben. Die Darstellungen in diesem Diskussionspapier basieren auf einer Literaturanalyse, auf einem Dutzend Gesprächen mit Medienakteur*innen und Wissenschaftler*innen und fußen auf persönlichen Erfahrungen des Autors. Für ihre Kooperation, die daraus entstandenen Experten- und Zeitzeugeninterviews sowie hilfreiche Literatur- und Quellenhinweise geht besonderer Dank an *Heiko Hilker*, Gründer des Dresdner Instituts für Medien, Bildung und Beratung (DIMBB) und langjähriges Mitglied des MDR-Rundfunkrats, an *Sergej Lochthofen*, langjähriger ehemaliger Chefredakteur der Regionalzeitung *Thüringer Allgemeine* in Erfurt, an *Martin Machowecz*, Redaktionsleiter des Redaktionsbüros der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* in Leipzig, an *Michael Meyen*, Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig Maximilians Universität in München sowie an *Hans-Jörg Stiehler*, emeritierter Professor des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig (ausführliche Angaben zu den interviewten Personen auf S. 44).

Ostdeutsche

Im vorliegenden Diskussionspapier wird die Definition von „Ostdeutsche“ von Bluhm und Jacobs übernommen. Demnach sind „jene Menschen gemeint, die bis 1990 in der DDR aufgewachsen sind oder dort den größeren Teil ihres Lebens verbracht haben. Dies gilt außerdem für junge Menschen, die in den neuen Bundesländern geboren wurden und durch ihr Umfeld „ostdeutsch“ sozialisiert wurden und eine „ostdeutsche Herkunft“ haben. Diese frühe Sozialisierung in einem bestimmten Umfeld prägt das Verhalten bis in die späteren Lebensjahre. Demnach können auch Führungskräfte mit westdeutscher oder ausländischer Herkunft ihre soziale Prägung nicht so schnell ablegen, auch wenn sie seit 25 Jahren in den neuen Bundesländern leben und selbst sehr häufig die Meinung vertreten, die Herkunft spiele keine Rolle mehr“ (Bluhm/Jacobs 2016).

Verständnis von „Elite“, das diesem Diskussionspapier zugrunde liegt

Zur herrschenden Elite gehören jene Menschen, die mit einer gesamtgesellschaftlichen Wirkungsreichweite über Einfluss, Steuerungskompetenzen und weitreichende Kommunikationsmöglichkeiten verfügen. „In der demokratischen Gesellschaft finden sie sich in Führungsgruppen unterschiedlicher sozialer Felder mit jeweils unterschiedlichen Einfluss- und Entscheidungsreichweiten. Zu den gesellschaftspolitisch relevantesten gehören die politisch-administrativen, wirtschaftlichen, juristischen sowie massenmedialen Elitegruppen, also die höchsten Führungskräfte in den jeweiligen Bereichen.“ Die Integration in dieser Gruppe ist „unter anderem von Austausch, Kommunikation und Netzwerken geprägt.“ Sie rekrutieren weitgehend aus sich selbst (Bluhm/Jacobs 2016).

Daneben gibt es intellektuelle, künstlerische, wissenschaftliche, schriftstellerisch-publizistische und religiös-philosophische Eliten. Diese agieren oft als unabhängige Experten und Kritiker politischer Strukturen und ungerechter Sozialordnungen, sind Schöpfer von Utopien, symbolischer Güter und „Sprecher für Wahrheit und Gerechtigkeit“. Sie forcieren demokratische Streitkultur, arbeiten mit der Macht des Wortes und der Symbolik. Sie wirken als Störfaktoren, „geistige Verstärker“ und besitzen eine relative Autonomie gegenüber den herrschenden Eliten. Ihr Wirken und ihre Wirkungskraft sind auf Engste mit Massenmedien und Kommunikationsnetzwerken verbunden (Hübinger 2008).

2 Massenmedien in der DDR und die kurze Zeit der Selbstermächtigung

Der Rückblick ins Jahr 1989 und in die Jahre kurz danach ist essentiell, um zu verstehen, welche Strukturen bis heute den ostdeutschen Medienmarkt bestimmen. Jörg Stiehler, emeritierter Professor des Leipziger Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft, erklärt es so: „Die DDR war ein sehr kleines Land. Dennoch gab es quantitativ gesehen eine sehr hohe Pressedichte. 80 bis 90 Prozent der Haushalte hatten Tageszeitungen abonniert, viele sogar mehr als eine Zeitung und Zeitschrift im Briefkasten. Es gab eine sehr breite und preiswerte Palette an Angeboten von der regionalen Tageszeitung über Jugend- und Kinderzeitungen bis hin zu Illustrierten und überregionalen Wochenzeitungen." Die Inhalte dieser Publikationen seien „auch nicht unsinnig" gewesen und selbst aus dem SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* hätten kritische Geister zumindest herauslesen können, „was die da oben im Staatsapparat so dachten."

Arne Kapitza, der zum Thema „Transformation der ostdeutschen Presse" promovierte, konstatiert: Von den 39 Tageszeitungen, die es 1989 in der DDR gab, waren 17 unmittelbar im Besitz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und erreichten zusammen eine Auflage von sieben Millionen (70 Prozent der Tageszeitungsauflage), während die 18 Tageszeitungen der Blockparteien auf 0,83 Millionen kamen (8 Prozent). Ein großer Teil der Zeitschriften und Wochenzeitungen (Gesamtauflage rund 6 Millionen) erschien im SED-eigenen „Berliner Verlag". Die Abo-Preise wurden für jeden erschwinglich gehalten, indem man die Presse jährlich mit rund 750 Millionen Mark aus dem DDR-Staatshaushalt subventionierte. Ende der 1980er Jahre deckte der Verkauf in der Regel weniger als ein Drittel der Herstellungskosten. Ein Monatsabonnement der Tageszeitung *Junge Welt*, Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und mit 1,5 Millionen auflagenstärkste Zeitung in der DDR, kostete 1989 beispielsweise 2,70 Mark (Kapitza 1998).

Von Pressefreiheit konnte trotz der skizzierten großen Angebotsbreite nicht die Rede sein. Die Partei- und Staatsführung der DDR kontrollierte direkt wie indirekt von der Journalist*innen-Ausbildung und der Kaderpolitik, über Papierkontingentierung bis hin zu Anweisungen in die Redaktionen hinein und wortgetreuen Abdruck von Texten, Reden und Beschlussfassungen so gut wie alles. Im leninschen Sinne war die sozialistische Presse per Definition kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator. In diesem Geist wurden Journalist*innen in der DDR ausgewählt und ausgebildet. Und was sollten sie propagieren und organisieren? – Unter anderem das sozialistische Menschenbild, den sozialistischen Staat, die sozialistische oder kommunistische Partei, den Internationalismus, den Anti-Kolonialismus, den Anti-Imperialismus, Anti-Faschismus und den Anti-Kapitalismus. Nach heutigem Verständnis wären die meisten DDR-Journalist*innen wohl eher als Polit-Aktivist*innen und politische PR-Arbeiter*innen einzuordnen als unabhängige Journalist*innen. Die Mächtigen und die Missstände im eigenen Land unabhängig und kritisch zu kontrollieren und zu kritisieren – das war jedenfalls nicht ihre Aufgabe.

Die allermeisten DDR-Bürger*innen hatten 1989 das Vertrauen in dieses Mediensystem verloren. Denn die Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und real erlebter Wirklichkeit war zu oft absurd groß. Den ständigen Verlautbarungen etwa über die „Übererfüllung der Jahrespläne der Konsumgüterproduktion“ bei gleichzeitigen ständigen Versorgungsengpässen oder den Nachrichten über die Erfolge des Wohnungsbauprogramms bei gleichzeitigem Verfalls der Innenstädte waren viele mehr als überdrüssig geworden. Wenig glaubwürdig war auch, dass der Rundfunk, das Fernsehen und die Presse der DDR die Einmärsche der Sowjet-Armee in der Tschechoslowakei 1968 oder in Afghanistan 1979 als solidarischen und großherzigen Bruderakt darstellten. Zumal fast ganz Ostdeutschland westdeutsches Radio und Fernsehen empfangen und zum Vergleich heranziehen konnte, wo viele Ereignisse und Entwicklungen ganz anders dargestellt und kommentiert wurden.

In den 1980er Jahren wirkte die starre SED-Medien- und Informationspolitik selbst auf viele DDR-Journalist*innen hölzern und albern. Der Systemkampf um Köpfe und Herzen der Menschen war so nicht nur nicht zu gewinnen, sondern so trugen die Massenmedien der DDR und des Ostblocks sogar aktiv zum Untergang ihres Staates bzw. Systems bei. Meinungs- und Pressefreiheit gehörten zu den zentralen Wünschen und Forderungen von Millionen Ostdeutschen im Herbst 1989.

„Das große Andersherum“ (Mükke/Stiehler 2011) vollzog sich 1989 und Anfang der 1990er Jahre bei den DDR-Massenmedien dann auch besonders rasant. Ab September 1989 begannen die größeren Demonstrationen in Plauen, Leipzig, Jena, Dresden, Berlin, Karl-Marx-Stadt oder Schwerin. Nach dem Verzicht der Partei- und Staatsführung der DDR auf eine „chinesische Lösung“ erklärte sich das SED-Politbüro bereits am 11. Oktober 1989 zu einem gesamtgesellschaftlichen Dialog bereit. In kürzester Zeit dankte die Abteilung Agitation und Propaganda (Agitprop) beim Zentralkomitee der SED – die Steuerungszentrale der DDR-Massenmedien und „oberster Gralshüter der in der DDR veröffentlichten Meinung“ – ab. Nach den Rücktritten des Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Erich Honecker und des Sekretärs des Zentral-Komitees der SED, Joachim Herrmann, am 18. Oktober begannen sich die Presselenkungsinstitutionen aufzulösen. Binnen weniger Wochen verschwand der parteipolitische Duktus aus den Zeitungsspalten. Überall im Land rückte plötzlich Rezipient*innen in den Fokus der Redaktionen: demonstrierende Bürger*innen auf der Straße, potentielle Wähler*innen der zu erwartenden freien Wahlen und Abonnent*innen. Nur wenige Monate nach den Umbrüchen vom Herbst 1989 hatten sich die ostdeutschen Massenmedien bereits stark gewandelt. Die SED trennte sich im Januar 1990 eher widerwillig von großen Teilen ihres Verlagsbesitzes, nachdem sich die ersten Zeitungen bereits selbst von der Partei unabhängig erklärt hatten, und überführte die Partei-Medien in Volkseigentum. Damit kam der ehemalige SED-Medienbesitz später, nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, gemäß Einigungsvertrag in die Hand der Treuhandanstalt (Mükke/Stiehler 2011).

Viele DDR-Journalist*innen hatten bereits im Herbst 1989 mit Verve selbst begonnen, ihre Funktionärsrollen abzustreifen. Viele DDR-Medienhäuser reformierten sich in diesen Monaten mit hoher Geschwindigkeit und großem Reformwillen aus sich selbst heraus:

- linientreue Chefredaktionen waren bis Anfang 1990 ausgetauscht worden,
- neue Chefredakteure wurden von den Belegschaften demokratisch an die Spitze gewählt,
- etliche Zeitungen benannten sich um und erschienen unter neuem Namen,
- neue, jüngere Redakteur*innen kamen schnell als Seiteneinsteiger*innen in die Redaktionen.

Die ersten Stasi-Skandale brachen auf. Plötzlich war alles möglich. Zugespitzt formuliert: Die neue Freiheit ermöglichte, vom Stenographen zum oder zur unabhängigen, kritisch-kontrollierenden Berichterstatter*in zu werden.

Dieser „Geist der Wendezeit“, schreibt Kapitza, manifestierte sich auch „im (als vorläufiges Mediengesetz gedachten) Volkskammerbeschluss zur Informations-, Meinungs- und Medienfreiheit vom 5. Februar 1990, der die Staats- und Parteiunabhängigkeit der Medien festschrieb“ und den Journalist*innen weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumte. Die Einhaltung des Beschlusses sollte von einer neuen medienpolitischen Institution, dem „Medienkontrollrat“ (MKR), überwacht werden. Diskutiert wurde, die Monopolstrukturen der DDR-Presse zu zerschlagen und in mittelständische Unternehmen zu überführen. Die wohl wichtigste Entscheidung des MKR im Bereich der Printmedien war im Februar 1990 die Ablehnung eines großangelegten Joint-Ventures zwischen DDR-Post und den führenden bundesdeutschen Verlagen im Bereich des Pressegroßhandels. Damit sollte auch die sich erst reformierende und aufbauende ostdeutsche Presselandschaft vor westdeutscher Konkurrenz geschützt werden. Denn Investoren aus dem Westen drangen rasend schnell und mit reichlich Finanzmitteln ausgestattet in den Osten vor (Tröger 2019). Der externe Anpassungsdruck auf die einst staatsgelenkten DDR-Medien stieg in der turbulenten Umbruchszeit quasi von Monat zu Monat.

3 Medienlandschaft im Wandel – Wende-Neugründungen und Angebote aus dem Westen

Das Presse-Angebot für Ostdeutsche erweiterte sich aus zwei Richtungen: Zum einen wurde der ostdeutsche Markt sofort nach Grenzöffnung von allen denkbaren Angeboten aus Westdeutschland überschwemmt. Plötzlich gab es von *Bild* bis hin zum *Spiegel* oder *Brigitte* alles, dazu noch eine bunte Regenbogenpresse, die über Fürstin X und Diät Y plauderte. Zum anderen nutzen viele Ostdeutsche die neu errungene Freiheit ab 1989 und gründeten – je nach Zählart – 80 bis 100 neue ostdeutsche Zeitungen und Zeitschriften, darunter 30 aus den Bürgerbewegungen heraus (vgl. Schneider 2002), so etwa den *telegraph*, in Leipzig *Die Andere Zeitung* (*DAZ*) oder das Informationsblatt des Neuen Forums. In und um diese „Blätter" herum versammelten sich aktive, kritisch-unabhängige ostdeutsche Unternehmertypen; Reformer*innen, die mit Verve und Gestaltungswillen das Feld des Journalismus eroberten und mitmischen wollten. Zudem kam es in grenznahen Räumen zu etlichen kleineren Ost-West-Kooperationsprojekten. Gegen die mit westdeutschen Know-how, klugem Marketing und viel Geld westdeutscher Großverlage modernisierten Regionalzeitungen hatten die enthusiastischen Neueinsteiger*innen allerdings kaum eine Chance. Zudem fehlte es einigen neuen Presseorganen auch alsbald an der nötigen Leserschaft. Denn manche Vorstellungen bürgerbewegter und intellektueller Ostdeutscher waren oft milieubegrenzt und schon nach wenigen Monaten nicht mehr massenattraktiv. Sie diskutierten 1989/90 selbstbestimmte Reformprozesse, auch reform-sozialistische Utopien, warnten vor den wirtschaftlichen Folgen der schnellen Währungsunion und hinterfragten die Wiedervereinigungspläne der Kohl-Regierung. Auf die Masse der DDR-Bürger*innen dürften solche Perspektiven jedoch bereits Ende 1989 elitär und realitätsfern gewirkt haben. Sie wollten die schnelle D-Mark in einer Währungsunion und den raschen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Nur wenige DDR-Bürgerrechtler*innen, die seit Mitte der 1980er Jahre viel riskiert und in Bürger-, Friedens-, Kirchen- und Umweltgruppen immer offener opponiert hatten, rechneten mit dem für sie verheerenden Ergebnis der DDR-Volkskammerwahl im März 1990. Hatten vor wenigen Monaten noch hunderttausende „Neues Forum, Neues Forum!" auf den Demonstrationen gerufen, wurden die Bürgerrechtler*innen jetzt für ihre Reformvorschläge abgestraft. Dass gegen die aus der Bundesrepublik aufgefahrene professionelle CDU-Wahlhilfe und die massiven Finanzspritzen niemand ankommen würde, hatten viele erwartet. Allein das bundesrepublikanische Ministerium für innerdeutsche Beziehungen soll 7,5 Millionen Mark in den DDR-Wahlkampf investiert haben (Tröger 2019).

Im Herbst 1989 gingen die allermeisten Demonstrant*innen noch für eine reformierte DDR auf die Straße. Wenige Monate später wählte eine Mehrheit jedoch für die radikale Form des Beitritts. Diskurse über eine Föderation, ökonomische Bedenken, Konzepte über ein stufenweises Zusammenwachsen und die Forderung nach einer gemeinsamen Verfassung, die vor allem im Osten geführt wurden, wurden von Westmedien rasch verpönt. Der

Vereinigungsdiskurs bestand schnell nur noch aus zwei Hauptströmungen: Auf der einen Seite standen diejenigen, die eine neue gesamtdeutsche Verfassung wollten und auf Reformen innerhalb der DDR und Annäherung zur BRD setzten, meist vertreten von Ost-Medien. Auf der anderen waren Emotionalität und der schnellstmögliche Anschluss tragende Argumentationselemente. Von der *Bild*-Zeitung bis hin zu renommierten Journalist*innen wie dem *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein wurde dabei vor allem von westdeutschen Medien jener emotionale Sog erzeugt, in dem jede*r zum „Feind" erklärt wurde, der die sofortige Einheit nach westdeutschem Vorbild zögerlich oder gar kritisch betrachtete. Gabriel Wonn betitelte seine 2020 erschienene Analyse dazu: „Vor ihnen ein Garten Eden. Hinter ihnen Stasiland. Eine Diskursanalyse über die Rolle der Westmedien im Wandlungsprozess der Wende." In dieser stark polarisierten Wahlkampfzeit, kommentiert Medienwissenschaftler Michael Meyen, sei der Grundstein für den bis heute dominanten Folgenarrativ gelegt worden, die Anschluss-Lösung als alternativlos darzustellen.

Die DDR-Blockpartei CDU kam entsprechend der Unterstützung ihrer CDU-Schwesterpartei aus dem Westen bei der Volkskammerwahl im März auf 40,8 Prozent. Das Wahlbündnis vieler Bürgerbewegter „Bündnis 90" erhielt hingegen nur 2,9 Prozent der Stimmen, was viele schockierte, denn selbst die 1990 gerade erst gegründete, rechtspopulistische Deutsche Soziale Union, eine weitgehend unbekannte Partei, fuhr als CDU-Bündnispartner in der „Allianz für Deutschland" mehr als das Doppelte an Stimmen ein, 6,2 Prozent. Als die Verlierer*innen dieser ersten und einzigen freien DDR-Volkskammer-Wahl noch darüber diskutierten, wie fair diese Wahl mit ihrer fragwürdig kurzen Sieben-Wochen-Vorbereitungszeit und den massiven politischen, finanziellen und massenmedialen Einmischungen aus der Bundesrepublik eigentlich gewesen sei, votierte die DDR-Volkskammer bereits für den unverzüglichen Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Und was geschah mit der ab dem Herbst 1989 neu aufgeblühten Presse-Landschaft in der DDR? Stiehler skizziert die damaligen Entwicklungen beispielhaft anhand der *Die Andere Zeitung* (*DAZ*): „Im Oktober 1989 verteilten Leute vom Leipziger Neuen Forum ihre Flugblätter auf den Montagsdemos noch illegal. Der Bedarf und die Neugier der Demonstranten waren riesig. Sofort nach dem Mauerfall im November gründeten die Schreiber deshalb die erste unabhängige DDR-Zeitung, die *DAZ* – ohne Telefon, ohne westdeutschen Partnerverlag, ohne journalistische Erfahrungen. Die *DAZ* verkaufte zunächst die spektakuläre Auflage von 40.000 Exemplaren. Stasi-Enthüllungen, Umwelt, Subkultur, Rathausskandale, Wendeverlierer, die Perspektive des ‚kleinen Mannes'." Doch diese neue Themenmischung mag „den braven Bürger dann irgendwann verschreckt haben", erinnert sich Stiehler (Mükke/Stiehler 2011). Unternehmerisch fragwürdige Expansionsentscheidungen, die zunehmende Konkurrenz der sich neu formierenen Regionalpresse sowie die zahlreichen Importe aus dem Westen und deren übermächtige Diskurs-

dominanz taten ihr Übriges. Die letzte Ausgabe der *DAZ* erschien dann im April 1991, erneut als Flugblatt, mit 8.000 Exemplaren. Darauf stand: „Die DAZ war der Versuch, eine regionale aber nicht provinzielle Zeitung für mündige Leser jenseits von Parteien und Ideologien zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert." Die *DAZ*, so Stiehler, sei ein Kind der Wendezeit gewesen – „lebendig, chaotisch, unerfahren."

Ende März 1990 begannen auch die staatlichen Pressesubventionen der DDR auszulaufen, was den Anpassungsdruck der Zeitschriften und Zeitungen in ökonomischer, technischer und publizistisch-inhaltlicher Hinsicht nochmals erheblich erhöhte. Fast alle Presseerzeugnisse nahmen jetzt „die Kooperationsangebote westlicher Partnerverlage an, die seit Anfang 1990 umfassende, wichtige und notwendige Unterstützung in Logistik und Drucktechnik leisteten, Know-how zur Verfügung stellten und vielfach bereits Vorverträge zur späteren Übernahme schlossen", fasst Kapitza seine Forschungen zusammen. Zwar hätten sich damals so gut wie alle ostdeutschen medienpolitischen Akteur*innen – von linksbürgerbewegt bis konservativ – darum gesorgt, dass die eigenständigen ostdeutschen Medien gleiche Chancen gegenüber der starken westlichen Konkurrenz bekämen. Aber der unerfahrenen DDR-Regierung fehlten schlicht Macht und Möglichkeiten dies durchzusetzen. Über eine entsprechende Presse-Vertriebsverordnung der nun demokratisch legitimierten neuen DDR-Regierung und ihres Ministeriums für Medienpolitik, vom 2. Mai 1990, setzten sich die westdeutschen Verlage einfach hinweg, indem sie zum „wilden Vertrieb" übergingen. Und bereits ein halbes Jahr später begann eine weitere Phase im ostdeutschen Medienwandel: Mit dem Zeitpunkt der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 begann die Privatisierung der Verlagslandschaft durch die Treuhand, ein rasanter Prozess, der seinerseits bereits im Sommer 1991 weitgehend abgeschlossen war (Kapitza 1998).

3.1 Kohl-Regierung und Treuhand – Das Etablieren monopolistischer Provinzstrukturen

„Die Treuhandanstalt betrieb den spektakulärsten, umstrittensten und folgenreichsten Zeitungsverkauf der deutschen Geschichte. Immerhin ging es um die 30 ‚Filetstücke' der ostdeutschen Presse: 14 profitable Regionalzeitungen, wegen ihrer Rolle im SED-Staat zwar politisch diskreditiert, dafür aber mit enorm hohen Auflagen von bis zu 660.000 Exemplaren und, pressewirtschaftlich noch wichtiger, mit einem von den DDR-Machthabern beabsichtigten Monopol in der Lokalberichterstattung", analysiert Beate Schneider, Professorin für Kommunikation- und Medienwissenschaft der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover. Der Verkauf der ehemaligen SED-Zeitungen spielte der Treuhand den Rekordbetrag von 1,2 Mrd. DM ein. Schneider: „Sie konnte unter einer Vielzahl von Bewerbern die neuen Eigentümer aussuchen. Dabei erhielten erstmals westdeutsche Zeitschriftenverleger die Möglichkeit zu diversifizieren und sich als Zeitungsverlage zu etablieren. Gruner + Jahr –

bisher nur glückloser Herausgeber der *Hamburger Morgenpost* – wurde durch den Erwerb in Berlin und in Dresden eines der größten deutschen Zeitungshäuser“ (Schneider 2002). Burda und Bauer ging es ähnlich, fasst Medienwissenschaftlerin Schneider zusammen. Im Westen wäre ein solches Wachstum aufgrund des hohen Konzentrationsgrades in einem bereits konsolidierten Medienmarkt unmöglich gewesen (Röper 1991).

Hatten ostdeutsche Politiker den einstigen SED-Medien in Ostdeutschland noch große Aufmerksamkeit geschenkt und wollten diese im Sinne der Presse- und Meinungsvielfalt in kleinere Einheiten aufspalten, so war ihr Verkauf im vereinigten Deutschland durch „medienpolitische Abstinenz“ gekennzeichnet. Die Treuhandanstalt orientierte sich ausschließlich „an hohen Erlösen und schnellem Verkauf“, schreibt Medienwissenschaftlerin Schneider. Das Ausblenden anderer Aspekte habe „letztlich dazu geführt, dass ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge kamen.“ So vertiefte sich nicht nur die Kluft zwischen großen und mittleren bzw. kleineren Verlagen in ganz Deutschland. Sondern am folgenreichsten war „die Privilegierung leistungsstarker Konzerne durch die Überlassung etablierter Traditionstitel mit großen Verbreitungsgebieten und hohen Auflagen“ für die zahlreichen – wirtschaftlich unterlegenen – Neugründungen in Ostdeutschland. „Eine Entflechtung – wie in anderen Bereichen der Wirtschaft üblich – wurde nicht einmal erwogen“, erklärt Schneider. Die in Pressefragen völlig unerfahrenen Treuhandmanager erwiesen sich als beratungsresistent. Bei der Ausschreibung von zehn Regionalzeitungen, mit der die Treuhand das Investmentbankhaus J. P. Morgan beauftragt hatte, meldeten sich 37 verschiedene Interessent*innen mit 87 Angeboten, die Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. DM ankündigten (Kapitza 1998). Verkauft wurden die DDR-Bezirkszeitungen durchweg an westdeutsche Verlage wie Burda, Bauer, Springer, Holtzbrinck, DuMont Schauberg oder Gruner + Jahr. Nur die *Berliner Zeitung* ging für kurze Zeit an das britische Verlagshaus Maxwell. Medienwissenschaftler Stiehler: „Die Art und Weise der Privatisierung beschleunigte den Prozess der Pressekonzentration in Ostdeutschland rasant. Schneller als die Zeitungen kamen nur die Brauereien durch die Treuhand unter den Hammer“ (Mükke/Stiehler 2010).

Die ehemaligen SED-Zeitungen wurden mit allen Liegenschaften und Druckereien verkauft. Im Vergleich zu Westdeutschland hatten die Regionalzeitungen außerordentlich hohe Auflagen und waren quasi Monopolisten in riesigen Verbreitungsgebieten. Der dadurch erkaufte Wettbewerbsvorsprung war enorm. Der „Typ der verlegerisch selbstständigen Lokalzeitung“ konnte unter diesen Bedingungen in den neuen Bundesländern nicht Fuß fassen. „Die Presse-Privatisierung der Treuhand hat überall in den neuen Ländern zu einer Kombination von Marktmacht und Auflagenhöhe mit Know-how und Finanzstärke aus Westdeutschland geführt. Unter diesen Vorzeichen waren nahezu alle der einst 80 nach der Wende neu gegründeten Zeitungen in Ostdeutschland zur Aufgabe gezwungen“, fasst Schneider zusammen (Schneider 2002).

Die Treuhand und die Kartellbehörden konnten auch ihre Zielsetzung, „jedem Kaufinteressenten nur eine einzige Zeitung zuzugestehen“ nicht halten. Schnell und einfach unterliefen Verlage dieses Ansinnen. „Waren die Verträge erst einmal unterschrieben, kümmerte sich niemand mehr darum, wenn in der Folgezeit Änderungen an den Eigentümerstrukturen erfolgten wie bei den *Lübecker Nachrichten*, die schon bald 50 Prozent der Anteile an ihrer Neuerwerbung *Ostsee-Zeitung* direkt an den Axel Springer-Verlag weiterreichten – ohne Murren des Bundeskartellamts“, erklärt Schneider (ebd.). Trickreich agierte nicht nur der WAZ-Konzern bei der Umgehung des Kartellamts bei seinen Zeitungsbeteiligungen in Thüringen. Die beiden auflagestärksten und attraktivsten Ex-SED-Bezirkszeitungen wechselten sogar noch vor der offiziellen Ausschreibung durch die Treuhand die Besitzer.

Am 2. Oktober 1990 kaufte die Ludwigshafener Medien Union GmbH die *Chemnitzer Freie Presse* (damalige Auflage: 600.000) und die *Mitteldeutsche Zeitung* aus Halle (früher *Freiheit*, damalige Auflage: 530.000) ging im Dezember an den Kölner Verlag DuMont Schauberg. Nach Berichten im *Spiegel* soll Helmut Kohl sich für seinen Freund, den Verleger Dieter Schaub aus Ludwigshafen, eingesetzt haben. Im Fall der *Mitteldeutschen Zeitung* soll der damalige Vizekanzler und gebürtige Hallenser Hans-Dietrich Genscher den FDP-nahen Kölner Verleger Alfred Neven DuMont bei der Treuhandanstalt unterstützt haben. In den Verkauf der *Freien Presse* waren der Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, Johannes Ludewig, und Joachim Grünewald, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, involviert. Dieser bestritt vor dem Deutschen Bundestag, dass Bundeskanzler Kohl direkt auf den Verkauf eingewirkt habe und erklärte auch, es habe gar keine weiteren Kaufinteressenten für *Freie Presse* und *Mitteldeutsche Zeitung* gegeben. Die Wahrheit aber war: Die *Rheinische Post*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Mainzer Allgemeine Zeitung* und Springer hatten ebenfalls Kaufinteresse bei je einer der beiden Zeitungen bekundet. Der *Spiegel* schreibt: „Die Regierung hat den Bundestag belogen: Helmut Kohls Kanzleramt war, entgegen amtlicher Darstellung, an Schiebungen beim Verkauf ostdeutscher Zeitungen beteiligt. Ex-Treuhand-Chef Reiner Gohlke bestätigt Kohls Plan, dass die Vergabe eines Ost-Blatts an einen CDU-nahen West-Verlag „schnell über die Bühne ging“ (*Spiegel* 11.3.1991: 30; vgl. *Spiegel* 29.4.1991: 33).

Sergej Lochthofen, langjähriger Chefredakteur der *Thüringer Allgemeinen* (einst SED-Bezirkszeitung *„Das Volk“*) über die Wendezeit: „Bei den Verlagen herrschte Goldgräberstimmung. Es tat sich plötzlich ein neuer Markt auf. Nach außen ging es um hehre Ziele, in Wirklichkeit aber um ein knallhartes Geschäft.“ Erhebliche steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Fördermittel für den Aufbau Ost machten die Geschäfte noch attraktiver. Lochthofen zum wirtschaftlichen Erfolg „seiner“ *Thüringer Allgemeinen*: „Wir erwirtschafteten selbst in einer Zeit, als mehrere WAZ-Titel in Nordrhein-West-

falen in den roten Zahlen standen, Renditen in zweistelliger Millionenhöhe.“ Man habe der WAZ „20 Jahre lang in betriebswirtschaftlicher Hinsicht nur Freude bereitet.“ Jedes Jahr konnte der WAZ-Konzern aus Thüringen „hohe Erträge herausziehen“ (Lochthofen 2010). Die teils hohen Investitionen der westdeutschen Verleger in moderne Technik und Infrastruktur der ostdeutschen Redaktionen und Verlagshäusern Anfang der 1990er rentierten sich oft schnell.

Die Politik der Kohl-Regierung und die Politik der Treuhand zementierten damit in weiten Teilen Ostdeutschlands Strukturen von Ein-Zeitungs-Kreisen. In der alten Bundesrepublik hatten zu den zentralen Zielen der Pressepolitik stets die Bewahrung von Zeitungsvielfalt, insbesondere im Lokalen, und die Gewährleistung wettbewerbsneutraler Pressegroßhandelsstrukturen gehört. In den neuen Bundesländern hatte man diese Ziele fallen lassen. Bundeskanzler Kohl, Bundesinnenminister Schäuble und sein Staatssekretär Waffenschmidt sprachen sich zwar im Vereinigungsprozess noch „für eine mit dem alten Bundesgebiet kompatible, vielfältige, dezentralisierte ostdeutsche Printmedienlandschaft aus.“ Doch das blieben Sonntagsreden. Denn „weder bei der Formulierung der Treuhandanstalt-Vergabekriterien im Pressebereich, noch angesichts des großen ostdeutschen Zeitungssterbens seit 1991 war eine Strategie erkennbar, diesen als medien- und wettbewerbspolitisch negativ erkannten und als solche dokumentierten Entwicklungen aktiv zu begegnen. Vielmehr vertrauten die Medienpolitiker der konservativ-liberalen Bundesregierung auf die Kräfte des Marktes und beschränkten sich auf symbolische Politik, indem sie in Bezug auf Pressevielfalt und Meinungsfreiheit an die Verantwortung der Verleger appellierten“, fasst Kapitza zusammen (Kapitza 1998).

Medienwissenschaftler Stiehler: „Für den Osten wurde daraus kein Lehrstück in demokratischer Debattenkultur, denn publizistische Vielfalt blieb vielerorts eine schöne Illusion.“ Die westdeutschen Medienkonzerne hätten sich in ihren Quasi-Monopolgebieten im Osten nie wirklich Konkurrenz gemacht. Und so wurde das monopolistische Regionalzeitungssystem der DDR ohne große öffentliche Diskussion (Wer hätte diskutieren sollen?) zum Grundstein der massenmedialen Provinzialisierung der neuen Länder.

Der Rückbezug auf das persönliche Lebensumfeld geht ab Mitte 1991 auch mit dem Sterben der überregionalen DDR-Zeitungen einher. Millionen Ostdeutsche setzten ihre Prioritäten und gaben und geben das Geld ihrer oft knappen Haushaltskassen letztlich ganz überwiegend für die vor Ort vorhandene regionale Tageszeitung aus. In unsicheren Zeiten orientierten sie sich vor allem in ihrem Nahbereich. Auch die überregionale Qualitätspresse hatte keine Chance. Hatten die Ostdeutschen nach dem Mauerfall zunächst einmal diese neue Zeitung oder jene neue Zeitschrift aus dem Westen ausprobiert, spielten im Zuge der rasanten De-Industrialisierung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und sinkenden Einkommen in Millionen Ost-Haushalten schnell auch

zunehmend die Abo-Preise ein Rolle. Selbst überregionale DDR-Blätter wie *Wochenpost* und *Horizont* schrumpften dramatisch von teils Millionenauflagen bis in den Untergang. Medienwissenschaftler Stiehler: „Die beliebte und auflagenstarke *Wochenpost* war 1997 nur noch als Beilage der westdeutschen Zeitung *Die Woche* zu haben. Wenn man so will, war *Die Woche* der Versuch, neben der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* ein gesamtdeutsches Konkurrenzblatt zu etablieren. 2002 wurde allerdings auch *Die Woche* eingestellt – aus ökonomischen Gründen. Überlebt haben *Der Freitag*, die *Junge Welt* und das *Neue Deutschland*, allerdings mit kleinen Auflagen. Auch die Satirezeitschrift *Eulenspiegel* und die Kulturzeitschrift *Das Magazin* existieren noch“ (Mükke/Stiehler 2010).

Die Regionalzeitungen boten Orientierung und Identifikation. In Zeiten eines Systemwechsels, bei dem vieles drunter und drüber geht, seien das wichtige Verkaufsfaktoren, so Stiehler. „Wenn sich Pass, Essgewohnheiten, Krankenversicherung, Beruf, Geld, Wohnung, Farbe des Stadtviertels, Mobilitätsfaktor und Konsumprodukte ändern, verbraucht dieser Wandel viel individuelle Energie, Konzentration und Neuorientierung. Das war die große Chance der Regionalpresse. Denn in solchen Zeiten muss auch manches stabil bleiben. Zudem traten sie in dieser Phase als starker Ratgeber auf“, so Stiehler. Bemerkenswert dabei war, dass gerade die einstigen SED-Bezirkszeitungen das Rennen machten, jene Zeitungen also, die jahrzehntelang als treue Propagandisten der DDR-Führung gedient hatten.

Exkurs: Das Scheitern westdeutscher Investitionen in die DDR-Blockparteien-Presse

Bemühungen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* oder des Axel Springer Verlags, die direkt nach der Wende „Blätter“ der DDR-Blockparteien CDU und der Liberaldemokratischen Partei (LDPD) erworben hatten (u. a. die *Neue Zeit* oder *Die Union*) schlugen fehl, obwohl viel Geld und Know-how investiert worden war. Was die westdeutschen Manager damals offenbar nicht erkannt hatten: Ihr Kalkül, dass sich die DDR-Bevölkerung von den einstigen SED-Presseorganen abwenden würde, konnte aus mehreren Gründen nicht aufgehen. Zum einen waren die Blockpartei-Zeitungen keine „Marken“ und in der DDR nicht sonderlich weit verbreitet. Sie hatten im Vergleich zu den SED-Bezirkszeitungen kaum regionale Verankerung. Und zum anderen hatten sie sich auch nie den Ruf erarbeitet, im Vergleich zu den Bezirkszeitungen herausgehoben gut oder anders zu berichten. Nicht umsonst betitelte der ostdeutsche Volksmund die DDR-Blockparteien CDU, LDPD, Bauernpartei und NDPD als „Blockflöten“, was auch für deren Medienableger zutraf. Den einstigen SED-Bezirkszeitungen schadete ihre Historie hingegen kaum. Stiehler resümierend: „Im Kern geschah Folgendes: In dem Moment, in dem der DDR-Printmedienmarkt 1990 öffnete, war er eigentlich auch schon wieder zu – und zwar aufgrund der turbulenten und schwierigen Lebensumstände der Leser. Es war irrig zu glauben, die Leser wenden sich von den alten

Zeitungen angewidert ab, nur weil die vorher in SED-Besitz waren. Die Zeitungen vollzogen ja parallel wie viele ihrer Leser den gesellschaftlichen Wandel sehr schnell mit“ (Mükke/ Stiehler 2011).

Exkurs: Der Elitenwechsel bei den ostdeutschen Regionalzeitungen

Zum Elitenwechsel bei den ostdeutschen Massenmedien liegt bis heute keine umfassende Analyse vor. Das verwundert, wird doch bereits seit Mitte der 1990er Jahre die sogenannte „Kolonialisierungsthese“ diskutiert, nach der die neuen Bundesländer zu weiten Teilen von Akteur*innen aus der alten Bundesrepublik übernommen und quasi kolonialisiert worden sein sollen. Verlief der Elitentransfer bei den einstigen SED-Bezirkszeitungen ähnlich drastisch wie beim ostdeutschen Militär oder in der Justiz, wo so gut wie keine Führungspositionen in ostdeutscher Hand blieben? Die Frage nach den Besitzverhältnissen, also die Herausgeber-Ebene, lässt sich schnell klären. Wie oben geschildert gingen alle Regionalzeitungen im Osten in den Besitz etablierter westdeutscher Verlage über. Auf der Chefredakteursebene ist das Bild etwas diverser: Heike Hensel zeichnet in ihrer Studie „Den Schritt nach Osten nie bereut. Westdeutsche Chefredakteure bei ostdeutschen Regionalzeitungen“, ein differenziertes Bild (Hensel 2010). Bei der *Leipziger Volkszeitung*, der *Magdeburger Volksstimme* sowie beim *Nordkurier* wurden die Chefredakteure relativ früh, 1992, ausgetauscht und mit westdeutschen Journalisten besetzt. Andere Zeitungen folgten ab Mitte der 1990er Jahre. Aber bei der *Schweriner Volkszeitung*, der *Thüringer Allgemeinen*, der *Ostthüringer Zeitung* und dem *Freien Wort* stammten die Chefredakteure auch noch 2004, dem Zeitpunkt von Hensels Studie, aus Ostdeutschland und waren in der Wendezeit als solche eingesetzt und teils in ihre Positionen von der Belegschaft hineingewählt worden (vgl. Lochthofen 2010). Zudem gab es die Strategie, ostdeutschen Chefredakteuren Berater*innen und Stellvertreter*innen aus den westdeutschen Haupthäusern zur Seite zu stellen. In den ersten Jahren nach der Wende kam es laut Hensel zu einem zielstrebigen – jedoch zeitlich begrenzten – Personalaustausch mit dem konzerneigenen Gegenüber im Westen, etwa auch bei der *Freien Presse*, der *Märkischen Oderzeitung* oder der *Mitteldeutschen Zeitung*.

In mehreren Fällen sollen die Hoffnungen auf eine Vermittlung der im Westen tradierten journalistischen Standards enttäuscht worden sein, so Hensel, da es sich bei den Personaltransfers um ausgesprochene „Besser-Wessis“ gehandelt habe. Ausgeprägte Konflikte zwischen ost- und westdeutschen Mitarbeiter*innen erlebten die meisten westdeutschen Chefredakteur*innen indes nicht. Hensel: „Dies spricht dafür, dass die Chefredaktionen bei der Einstellung westdeutscher Journalisten große Sorgfalt walten ließen, um den Redaktionsfrieden nicht zu stören.“ Zu Differenzen sei es hingegen hie und da zwischen ostdeutschen Redakteur*innen gekommen. Nach der Wende dazugekommene ostdeutsche Redakteur*innen warfen älteren DDR-Journalist*innen Opportunismus vor.

Ostdeutsche Redakteur*innen wurden von ihren westdeutschen Vorgesetzten allerdings als „ausgesprochen konfliktscheu“ beschrieben. Für die Ebenen der stellvertretenden Chefredakteur*innen und der Ressortleiter*innen fehlen aussagekräftige Zahlen, die einen Überblick über Ostdeutschland geben. Unabhängig von der Frage der ost- oder westdeutschen Herkunft verfolgten alle Chefredakteure der ostdeutschen Regionalzeitungen im Kern zwei Strategien: Sie verstärkten die Regionalisierung der Berichterstattung und sie konzentrierten sich stark auf Ratgeber- und Lebenshilfethemen. Dies drückte sich nicht nur in umfangreichen Lokalteilen aus, sondern auch in regionalisierten Mantelteilen. Provinzialisierungs-Entwicklungen, denen vor dem Hintergrund rückläufiger Auflagen einige Jahre später auch viele westdeutsche Zeitungen folgten (Hensel 2010).

3.2 Der Wilde Osten – Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR)

Mit etwa 8,5 Millionen Einwohner*innen in seinem Einzugsgebiet ist der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) heute die größte der ARD-Anstalten in den neuen Bundesländern. Getragen von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ging er am 1. Januar 1992 auf Sendung, damals noch mit mehr als 10 Millionen Bewohner*innen. Aufgebaut wurde der Sender in denkbar kurzer Zeit nach dem exakten Vorbild der ARD-Anstalten in Westdeutschland. Zwischen dem Beschluss der drei Länder, eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu errichten, und dem Sendestart des MDR lag gerade mal ein Jahr. Von den Immobilien über die Technik bis hin zum Personal musste in zwölf Monaten alles organisiert werden. Hinzu kam das Aushandeln des Staatsvertrages. Ohne Know-how- und Personaltransfer aus den alten Bundesländern, nach dessen Blaupause das alles geschah, wäre ein solches Unterfangen nicht machbar gewesen. Maßgeblich unterstützte der Bayerische Rundfunk (BR) den Aufbauprozess des MDR. Vom BR kam auch der erste Intendant – Udo Reiter, dessen diskriminierende Personalpolitik heftige Diskussionen auslöste und den Personalkurs für zwei Jahrzehnte vorgab: Im August 1991 wurden sieben von acht MDR-Direktorenposten mit Westdeutschen besetzt. Der eine Ostdeutsche war für die Technik zuständig. Dass die gesamte engere Führungsspitze, die über die inhaltliche und journalistische Ausrichtung des Ost-Senders entscheiden sollte, aus dem Westen kommen sollte, gab Anlass für Kommentare, die von einer „Kolonialisierung des Rundfunks“ bis hin zur „Landnahme im Osten“ (Rummel 1993) reichten.

Andreas Rummel, damals ein junger Forscher aus Bayern, dokumentierte in seiner Diplomarbeit an der Ludwig-Maximillians-Universität München „Die Rolle der Parteipolitik beim Aufbau des Mitteldeutschen Rundfunks“ (Rummel 1993). Es war insbesondere die sächsische CDU, die damals den strikten Standpunkt vertrat, mit dem Mitteldeutschen Rundfunk müsse ein „absoluter Neuanfang gesetzt werden“ und mit Ostdeutschen in den Führungspositionen sei dies nicht zu machen. Die drei Hauptargumente der sächsischen CDU:

- „Wer etwas von der Sache versteht, sprich in der DDR vergleichbare Positionen innehatte, muss als belastet gelten.
- Es zählen vor allem Professionalität und Kompetenz. Zentral ist Erfahrung – und die haben nur westdeutsche Rundfunkmacher.
- Ostdeutsche, die während der Wende in entsprechende Positionen des DDR-Rundfunks und Fernsehens gelangten, sind zum einen nur eingeschränkt als Fachleute anzusehen, zum anderen als weltanschaulich ausgeprägt ‚links' zu verorten." (Rummel 1993, S. 55 ff.)

Rummel schreibt: „Udo Reiter bot die Gewähr dafür, daß dieses Grundanliegen – Westdeutsche in die Führungspositionen – umgesetzt" wurde. Wahrscheinlich genau deshalb sei er überhaupt als Kandidat für den Intendantenposten in Betracht gekommen. Als Reiters Liste mit seinen West-Wunschkandidaten für die MDR-Führungsspitzen durch Indiskretion öffentlich wurde, griff die sächsische SPD nicht nur die CDU-Nähe und die konservativen Weltanschauungen der Kandidaten an, sondern vor allem auch die Tatsache, dass Ostdeutsche so gut wie keine Rolle spielten. Die SPD-Landtagsfraktionen aller drei MDR-Länder wendeten sich gemeinsam gegen die „Bajuwarisierung" der MDR-Führungsfunktionen. Medienrechtler Wolfgang Hoffmann-Riem, Direktor des Hans-Bredow-Instituts in Hamburg, erklärte damals den MDR-Staatsvertrag sogar für verfassungswidrig. Denn der Vertrag sah die Schaffung eines Gremiums von neun Mitgliedern vor, durch die die wesentlichen Weichenstellungen und Personalien gemanagt werden sollten. Acht der Gremienmitglieder sollten Ostdeutsche sein und den Gründungsintendanten wählen und bei Personalvorschlägen für Führungspositionen mitentscheiden. Über diesen Beirat, so Hoffmann-Riem, hätten die Mehrheitsparteien der jeweiligen Landtage „ungeniert" zugegriffen und den Beirat „zur Ermöglichung von pluralismusfeindlichen Strukturen genutzt, wie sie in dieser Einseitigkeit in keiner westdeutschen Rundfunkanstalt bestehen" (Hoffmann-Riem 1991, zitiert nach Rummel 1993).

Gleich zum Start des MDR hatte der Sender damit seinen ersten großen Skandal. Für die überregionale Presse aus Hamburg, Frankfurt und München war es der Auftakt einer jahrzehntelang anhaltenden, hämischen Negativ-Berichterstattung über den ostdeutschen „Heimatsender". Und der gab dafür reichlich Anlass. Der große Anteil an seichter Unterhaltung, die Betrugs-, Bestechlichkeits- und Finanzskandale, die Stasi-Affären – all das überstieg bisweilen den „Unterhaltungswert des MDR-Programms um ein Vielfaches", kommentierte beispielsweise *DIE ZEIT* (Raabe 2011).

Exkurs: DT64 – Jugend-Revolte im Schwitzkasten

Auf die sächsische CDU und das westdeutsche Management des MDR kam kurz nach seiner Gründung eine echte Herausforderung zu. Und zwar in Gestalt von tausenden demonstrierenden DDR-Jugendlichen, die sich für den Erhalt des Jugendradios DT64 einsetzten. In der DDR

hatte der für die DDR-Oberen manchmal unbequeme aber weithin linientreue Sender hauptsächlich junge Leute erreicht, die sich für Rock und Pop interessierten und der DDR positiv gegenüberstanden.

Gegründet worden war der Sender anlässlich des „Deutschlandtreffens der Jugend“ 1964, ein von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) organisiertes gesamtdeutsches Jugendtreffen in Ost-Berlin, an dem eine halbe Million Jugendliche teilnahm. 1989 und 1990 legte der einst SED-gesteuerte Jugendsender – ähnlich wie einige Bezirkszeitungen – einen rasanten Selbstermächtigungsprozess hin. Sehr früh berichtete DT64 im Herbst 1989 über die Montags-Demos in Leipzig, gab der Bürgerbewegung eine Stimme und feuerte die eigenen Chefs. Auf einer Versammlung Anfang November 1989 beschloss die Belegschaft, als unabhängiges und alternatives Programm weiterzumachen. Ein neuer DT64-Intendant wurde gewählt. Binnen kürzester Zeit wurde das Programm reformiert und war für viele junge Radiohörer*innen aus der DDR attraktiv geblieben oder gerade im turbulenten Wendeprozess geworden (Hilker 1995).

Hinter verschlossenen Türen hatten die Intendanten des DDR-Hörfunks und des RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) jedoch die Übernahme der DT64-UKW-Frequenzen und die DDR-weite Ausstrahlung von RIAS vereinbart. Dafür sollte RIAS monatlich 100.000 Mark zahlen und mindestens 35 DT64-Mitarbeiter*innen, etwa die Hälfte der Belegschaft, übernehmen (Lektorat für Rundfunkgeschichte 1990). Die Situation war komplex: Laut Einigungsvertrag sollte der Rundfunk der DDR bis 31. Dezember 1991 entweder aufgelöst oder in Anstalten öffentlichen Rechts einzelner oder mehrerer Länder überführt werden (Einigungsvertrag, Artikel 36). Viele der Entscheider in der Ost-CDU sahen in DT64 keine Chance für die Selbstermächtigung und Partizipation junger Ostdeutscher, sondern lediglich eine Altlast der untergegangenen „Diktatur des Proletariats“. Zudem steckte der DDR-Rundfunk in einer Finanzkrise, doch für Gebührenerhöhungen gab es weder bei der Regierung noch im Parlament Mehrheiten. Vor allem aber ging es um die sehr begehrten Sendelizenzen. Denn auch für die RIAS-Sender war zunächst ungewiss, ob und in welcher Form sie die deutsche Wiedervereinigung und das Ende der Systemauseinandersetzung überstehen würden. Von den USA im Kalten Krieg unter anderem installiert, um nach Ostdeutschland hinein zu senden und hier „Herzen und Köpfe“ für den Westen zu gewinnen, gehörten die attraktiv gemachten Musik-, Kultur- und Politikprogramme zum regelmäßigen Medienkonsum vieler DDR-Bürger*innen, obwohl RIAS hier offiziell als US-Propaganda-Sender verschrien war (Arnold/Classen 2004, Hilker 1995).

Am 7. September 1990 schaltete man DT64 auf 12 seiner 18 Frequenzen außerhalb Berlins und Brandenburgs einfach ab und sendete stattdessen RIAS I – das Klassikradio. Als DT64-Redakteur*innen zufällig am Tag zuvor durch Studiotechniker von der bevorstehenden Abschaltung ihrer Frequenzen erfuhren, forderten sie ihre Hörer*innen sofort zu Meinungsäußerungen auf. Die Resonanz der jungen Leute war

enorm. Niemand hatte damit gerechnet. Noch in derselben Nacht folgten die Jugendlichen republikweit den Protestaufrufen der Redakteur*innen. Es kam zu Demonstrationen, Straßensperren, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen. In Dresden protestierten 2.000 Jugendliche und legten eine Hauptverkehrsader lahm. Schon am nächsten Tag gab es Verhandlungen mit Gottfried Müller, Medienminister der ersten und einzig frei gewählten DDR-Regierung. In den folgenden rund zweieinhalb Jahren entwickelte sich eine regelrechte DT64-Jugendbewegung mit teilweise zehntausenden aktiven Sympathisant*innen, die vehement eine Zukunft für ihren Sender forderten.

1991 suchte das DT64-Team auch beim Sächsischen Landtag Unterstützung. Die sächsische SPD machte sich dort zusammen mit der FDP, den Grünen und der SED-Nachfolgepartei PDS für eine Einbindung von DT64 in den neu gegründeten MDR stark. Auf entsprechende Anträge antwortete die mit absoluter Mehrheit regierende CDU allerdings eindeutig: „Die Staatsregierung betrachtet es als problematisch, wenn nach der grundsätzlich von allen wesentlichen politischen Kräften mitgetragenen Entscheidung für die Neuerrichtung einer freiheitlichen und demokratischen Rundfunkstruktur in den neuen Ländern versucht wird, einzelne Bausteine des unter völlig anderen Gesichtspunkten konzipierten Rundfunksystems der ehemaligen DDR zu konservieren und auf diese Weise die in dem Neuaufbau des Rundfunks liegenden Chancen von vornherein einzuengen, die mit ihm gegebenen Möglichkeiten einer Identifikation von Hörern und Zuschauern mit ihrem neuen Rundfunk zu behindern und die dringend zu wünschende Integrationsfunktion des Rundfunks im vereinten Deutschland möglicherweise spürbar zu schwächen.“ Die Staatsregierung verkenne nicht, dass DT 64 in seiner Zielgruppe der 14 bis 29jährigen „eine beachtliche Akzeptanz erreicht hat.“ Allerdings verwehre die verfassungsrechtliche Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks und „besonders das Prinzip der Staatsferne des Rundfunks (…) jeglichen staatlichen Stellen, d. h. sowohl der Staatsregierung als auch dem Gesetzgeber,“ für das Programm inhaltliche Vorgaben zu machen, „etwa derart, dass ein ganz bestimmtes Jugendprogramm“ gestaltet werden müsse (Sächsische Staatsregierung 1991).

Durch lange Proteste erreichten die DT64-Hörer*innen im Herbst und Winter 1991 zwar noch, dass das Programm zum 1. Januar 1992 vom MDR übernommen wurde. Allerdings benannte man es dort 1993 in „Sputnik“ um und der Sender verlor nicht nur seine UKW-Frequenzen, sondern in diesem fragwürdigen und kräftezehrenden Prozess auch viele seiner Programm-Macher*innen. Nach dem Zwischenstopp folgte die „Verbannung“ auf Satellit und ein inhaltlicher Umbau. Der gesamte Prozess hinterließ bei tausenden jungen Engagierten einen bitteren Nachgeschmack. Sahen in der neu errungenen Freiheit und Demokratie so die Partizipationsmöglichkeiten und Medienfreiheit für Ostdeutsche aus?

2019, anlässlich der Verleihung des Deutschen Radiopreises, ging Bundespräsident

Frank Walter Steinmeier auf DT64 ein: „Ich erinnere mich an die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um den Ostberliner Jugendsender DT64 vor und nach dem Mauerfall. Er war lange Jahre der einzige Sender, der Rock, Pop und andere populäre Musik im Programm hatte. Er war ein Ventil und der Staatsführung ebenso lange ein Dorn im Ohr. Rock und Pop war verdächtig. Der Sound der Freiheit ängstigte die, die mit Freiheit nichts am Hut hatten. Das elfte Plenum des ZK der SED jedenfalls schon 1965, im Jahr nach der Gründung von DT64, als es feststellte, der ‚schädliche Einfluss' von Beatrhythmen ‚auf das Denken und Handeln von Jugendlichen' sei ‚grob unterschätzt' worden. Deshalb hat es lange gedauert, bis Udo Lindenberg kommen durfte und die Scorpions ‚Wind of Change' pfeifen konnten. Wirklich schaden konnte dieses Verdikt Erich Honeckers dem Sender dennoch nicht. Er wurde mal bedrängt, mal nicht, existierte aber weiter und sendete in Konkurrenz zum Sender Freies Berlin und RIAS. Als nach dem Fall der Mauer vor bald 30 Jahren die Frequenzen außerhalb Berlins RIAS übergeben werden sollten, protestierten die Hörer so unüberhörbar, dass der Handel schon am nächsten Tag rückgängig gemacht wurde. Ich finde: eine schöne Geschichte ostdeutscher Selbstbehauptung" (Steinmeier 2019).

Für jene, die die DT64-Geschichte miterlebten, mag Steinmeiers Selbstbehauptungs-These wie Hohn oder zumindest ahnungslos-wohlmeinend klingen. Der langjährige Musikchef von DT64 Wolfgang Martin erinnert es anders: „Ich habe meine Kollegen so kämpferisch erlebt wie nie. Wir haben alles versucht, verschiedene Wege ausprobiert, es ging ja um unsere Existenz. Aber wir hatten keine Chance, kein Mitspracherecht, nichts. Es gab klare Abwicklungsaufträge aus der Politik. Das war die größte Enttäuschung in meinem Berufsleben: Mit welcher Chuzpe gegen uns vorgegangen wurde" (Walter/Martin 2020). Da half auch nicht, dass sich Musiker wie Herbert Grönemeyer, Wolfgang Niedecken oder David Bowie für den Sender einsetzten. Björn Engholm, damals SPD-Vorsitzender, schrieb in einem Brief: „Ich bin (…) der Meinung, dass der Jugendsender DT 64, wenn irgend möglich, erhalten werden sollte. Ich stimme der Argumentation ausdrücklich zu, dass die Einstellung des Programms nicht etwa ein Neuanfang, sondern ein erneuter Schlag gegen das Selbstwertgefühl zahlreicher Menschen in den neuen Bundesländern wäre, da ihnen ein weiterer Teil ihrer Identität und ihres früheren Alltags genommen wird."

Exkurs: Die Wende beim Mitteldeutschen Rundfunk

„Schwarz wie die Macht" titelt *Die Zeit* 20 Jahre nach der MDR-Gründung und konstatiert, die staatsstreichartige Gründungsklüngelei beim MDR räche sich bis heute. Im Sommer 2011 lädt beispielsweise Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zur gemeinsamen Abschiedsparty mit dem MDR für dessen Direktorin Ulrike Wolf ins mondäne Schloss Eckberg ein. Daraufhin wirft die sächsische SPD dem Sender „fehlende Staatsferne" vor und

erklärt, die Dresdner Staatskanzlei tue so, „als würde ihr der MDR gehören“. Das Thema eskaliert in der Öffentlichkeit. Die Feier wird abgesagt. Und kurz danach geschieht beim MDR etwas, was Beobachter*innen als „Aufstand“ bezeichnen und was als die lang ersehnte Korrektur des MDR-Aufbauprozesses gedeutet werden kann.

Den Anlass bot die Intendantenwahl 2011. Als Nachfolger des scheidenden Udo Reiter stand einzig der als CDU-nah geltende Bernd Hilder zur Wahl, Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung*, unterstützt von der Sächsischen Staatskanzlei. Nach den Regie-Vorgaben von dort hätte, laut *Süddeutscher Zeitung*, der Printjournalist mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des MDR-Rundfunkrates gewählt werden sollen. Von 41 anwesenden Rundfunkrät*innen votierten jedoch nur zwölf für Hilder, 29 stimmten gegen ihn. – Eine vernichtende Niederlage nicht nur für Hilder, sondern auch für seinen Mentor, dem Drahtzieher der Personalie, dem Chef der sächsischen Staatskanzlei Johannes Beermann (CDU). Ihm und der Sachsen-CDU kostete die gescheiterte Wahl Ansehen und Glaubwürdigkeit weit über die Grenzen des „Heimatsenders“ MDR hinaus.

Was außer seiner CDU-Nähe Hilder für eine Intendanten-Kandidatur bei der größten ARD-Anstalt im Osten noch befähigte, war im Vorfeld der MDR-Wahl nicht ganz deutlich geworden. Hilder war ein externer Zeitungsmann mit einer Jahrzehnte zurückliegenden ARD-Karriere, kam aus dem Westen und kurz vor der Wahl veröffentlichte die *Magdeburger Volksstimme* eine mit krakeliger Handschrift ausgefüllte Gebührenanmeldung des Kandidaten aus dem Jahr 2005. Dort sei auf die Frage: „Bezahlen Sie Rundfunkgebühren?“, ein „Ja“ angekreuzt und dazu das Wort „leider“ handschriftlich beigefügt worden. – Wäre ein solcher Kandidat ohne massive Einmischung der Sächsischen Staatskanzlei überhaupt ernsthaft in Betracht gezogen worden?

Wolfgang Marr, MDR-Rundfunkratsvertreter des Deutschen Journalisten Verbandes (DJV), kommentierte den Ausgang der Wahl: „Das war ein Sieg der Aufrechten.“ Befreit äußerte sich auch Johannes Jenichen, der damals als Vertreter der Evangelischen Kirche im MDR-Rundfunkrat saß und als Vorsitzender agierte: „Ich habe einen tollen Rundfunkrat, das Ergebnis ist ein Zeichen unserer Unabhängigkeit.“ Die Skandal-Wahl fand deutschlandweiten Widerhall. *Spiegel Online* schrieb: „Manche Teilnehmer der Rundfunkratssitzung verglichen es sogar mit der friedlichen Revolution in der DDR 1989, was Bände über die Gefühlswelten bei der ARD-Anstalt für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt spricht.“

Auf diesen positiven Skandal hin folgte dann tatsächlich das, was viele beim MDR und viele Hörer*innen und Zuschauer*innen lange erhofft hatten: ein Neuanfang. Zur Intendantin wurde Karola Wille gewählt, eine Ostfrau, Professorin, MDR-Justiziarin und lange Zeit unauffällige Beraterin des ausgeschiedenen Intendanten Udo Reiter. Über seine Nachfolgerin sagte er in einem *Spiegel*-Gespräch: „Flapsig gesagt ist die Besatzungszeit mit dieser Stabübergabe endgültig vorbei“ (Reiter 2011). Reiter hatte sich jahrzehntelang mit dem

Machtzentrum der lange mit absoluter Mehrheit dominierenden Sachsen-CDU arrangiert und damit wohl eine schwierige Nach-Wende-Konstellation von Demokratie verfestigt. Wie sehr, zeigte sich auch in der Berichterstattung des Mitteldeutschen Rundfunks. Im „Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien“ des Sächsischen Landtages 2009 wird Reiter beispielsweise gefragt, warum es beim „MDR Sachsenspiegel“, einem quotenstarken Regionalformat, ein derart großes Ungleichgewicht bei der Darstellung von politischen Inhalten gebe. So sei in den vier Wochen vor der Europawahl die Position der sächsischen Staatsregierung in über 30 Beiträgen dargestellt worden, der CDU-Ministerpräsident erschien in 12 Beiträgen. Dagegen seien die Positionen der Oppositionsparteien lediglich in drei Beiträgen beleuchtet worden. Oppositionsführer*innen seien überhaupt nicht vorgekommen. Reiters Antwort: Die CDU-Regierung komme deshalb häufiger vor, weil sie mit ihren Entscheidungen Fakten setze. Wenn die Opposition öfter vorkommen wolle, müsse sie es schaffen, die Regierung zu stellen (Berichterstattung der Landtage 2009).

Willes Vita war für manche ein Problem. Reiter: „Weil sie aus einem linientreuen DDR-Elternhaus kam, einige Jahre mit einem DDR-Militärstaatsanwalt verheiratet war und nach einem Jura-Studium in Leipzig einige Artikel zum Lob der DDR veröffentlicht hatte“ (Reiter 2013). Ein paar Jahre früher wäre sie wohl noch durch die Auswahlraster der meisten MDR-Rundfunkratsmitglieder gefallen, aber nach dem Skandal um Hilder und im Jahr 21 nach der Wiedervereinigung setzte sie sich bei der Intendantenwahl durch. Ihr traute man den dringend benötigten Neuanfang im MDR zu – menschlich und fachlich. Und Wille lieferte. Aus den Lehren der MDR-Finanz- und Korruptionsskandale schlussfolgerte sie neue Regularien und Strukturen. Zudem setzte sie innerhalb der Anstalt Themen auf die Agenda wie Unternehmenskultur, die gesellschaftliche Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und – bei Personal wie in den Programmprodukten – das Thema Gleichstellung. Unter Wille und dem neuen trimedialen Chefredakteur Stefan Raue (westdeutsch, SPD-Mitglied) begann der MDR neben seinem professionellen fiktionalen und volkstümelnden Schlager- und Ratgeberprofil, der dem Sender höchste Einschaltquoten brachte, nun endlich auch stärker auf hintergründigen Qualitätsjournalismus und kontroverse Gesellschaftsanalyse zu setzen. Heraus kamen dabei etliche spannende Recherchen, Studien, Dokumentationen und Koproduktionen, die sensible Themen aufgriffen wie die Besitzverhältnisse in Ostdeutschland oder das Eliteproblem der Neuen Bundesländer: heiße Eisen der innerdeutschen Verhältnisse. Jetzt begann der MDR, diesen Themen ganze Doku-Serien zu widmen, unter Titeln wie „Wer beherrscht den Osten?“, „Wer bezahlt den Osten?“ oder „Wem gehört der Osten?“ Für viele MDR-Zuschauer dürfte das reiner Seelenbalsam gewesen sein. Denn zwei Jahrzehnte nach der Wende setzte eine deutlich intensivere und analytischere Beschäftigung mit diesen schwierigen Themen ein – und zwar aus Ost-Perspektive.

3.3 Überregionale Medien – Belehrende Distanz und fehlende ostdeutsche Perspektiven

Seit den Gründerjahren der Bundesrepublik gehören die Feuilleton-, Wirtschafts- und Politikredaktionen der überregionalen Qualitätspresse – neben den Verlagen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Universitäten – zu den intellektuell-publizistischen Power-Häusern der Bundesrepublik. Seit den 1940er Jahren begleiten und führen sie jene Diskurse, die für die Integration und Selbstvergewisserung der bundesdeutschen Gesellschaft, für deren gesellschaftliches Selbstgespräch und für Kritik und Kontrolle der Mächtigen essentiell waren und sind. Dabei leistete die überregionale Qualitätspresse in der alten Bundesrepublik Großes. Sie griffen widerstreitende politische und kulturelle Positionen auf, bewegten und führten sie. Sie schufen einen öffentlichen Debattenraum mit und moderierten dort eine Diskussionskultur, in der sich die gesellschaftliche Mitte der alten Bundesrepublik wieder- und vertreten fand. Ob es der Kalte Krieg, die (Nicht-)Aufarbeitung der NS-Zeit, die 1968er Diskurse, die Historikerstreits, das Verhältnis zur DDR, die fortlaufende Beobachtung des politischen Feldes, die Ausgestaltung des Grundgesetzes, *Spiegel*-Affäre, Kulturkritik, Waldsterben, Auslandsbilder oder Wirtschaftsskandale waren – mit diskursiver Agilität trug die überregionale westdeutsche Presse wesentlich zur Identitätsfindung und -bildung der alten Bundesrepublik bei. Gymnasiallehrer*innen, Manager*innen, Jurist*innen, Akademiker*innen und Künstler*innen aus München, Frankfurt, Köln, Hannover und Hamburg fühlen sich durch *Spiegel*, *FAZ*, *Die Zeit*, *Stern*, *Welt* und *Süddeutsche Zeitung* bis heute gut informiert, angeregt und zum Diskurs dazugehörig.

In Ostdeutschland hat die überregionale westdeutsche Qualitätspresse diese für eine demokratische Gesellschaft so essentielle Integrationsleistung nie entfaltet. Im Gegenteil. Nach der Wiedervereinigung publizierten die westdeutschen Meinungs- und Debattenführer weiter exklusiv für die gebildeten Mittel- und Oberschichtenmilieus Westdeutschlands und trugen dadurch kräftig zur Verstetigung von „Ost“ und „West“ bei. Ostdeutschland und die Ostdeutschen zu repräsentieren und zu integrieren, war über Jahrzehnte nicht ernsthaft ihr Anliegen. *FAZ*, *Die Zeit*, *Der Spiegel* oder die *SZ* sind die Leitmedien der alten Bundesrepublik geblieben, die in Ostdeutschland bis heute kaum jemand liest. – Wer aktuelle Zahlen recherchiert und diesbezüglich bei den Pressestellen von *FAZ*, *Die Zeit* oder *SZ* anklopft, wird höflich um Verständnis gebeten, dass man diese Informationen leider nicht zur Verfügung stellen könne. Gut möglich, dass die Öffentlichkeitsarbeiter der Blätter dabei stärker das Ansehen ihrer Unternehmen als den öffentlichen Diskurs im Blick haben. Abhilfe schafft die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW). Laut IVW verkaufte die *FAZ* im ersten Quartal 2020 in den Neuen Bundesländern täglich nur rund etwa 7.900 Exemplare (exklusive Berlins). Das sind 3,4 Prozent der

verkauften Gesamtauflage von 235.000 Exemplaren. Die *SZ* kam im selben Verbreitungsgebiet sogar nur auf rund 8.300 Exemplare, was 2,5 Prozent der verkauften Gesamtauflage von 326.000 Exemplaren entspricht. Und das „Sturmgeschütz der Demokratie", der *Spiegel*, kommt laut Selbstauskunft auf lediglich rund 25.000 Abonnent*innen im Osten (exklusive Berlin). Wobei seine aktuell verkaufte gesamtdeutsche Auflage bei wöchentlich rund 642.000 Exemplaren liegt (Statista 2020).

Wie erklärt sich diese ostdeutsche „Abo-Problemzone"? Medienwissenschaftler Stiehler gibt zu Protokoll: „Die West-Angebote kommen noch immer aus einem fremden Land und im Auslandsduktus" daher. Insbesondere für die gebildeten Milieus in Ostdeutschland blieben die Angebote von *SZ*, *FAZ*, *Die Zeit* oder *Der Spiegel* über Jahrzehnte unattraktiv. Potentielle Lesergruppen im Osten konnten nicht erreicht werden, da die westdeutschen Agenda-Setter zu oft zu stereotyp berichteten. Hier schrieben Westdeutsche für Westdeutsche. Stiehler: „Die Themenwahl, die Perspektive auf die Geschehnisse, die Sprache, die Herkunft der Autoren, Journalisten und Mitarbeiter. – Natürlich wurde und wird in den überregionalen Printmedien bis heute über Ostdeutschland und die Ostdeutschen berichtet, aber offenbar zu wenig mit ihnen." Zwar heuerte man einzelne Ost-Edelfedern an, wie Christoph Dieckmann (*Die Zeit*), Jens Bisky, Birk Meinhardt (*Süddeutsche Zeitung*) oder Alexander Osang (*Der Spiegel*) und diese entwickelten sich zu „Ostexperten" und Ikonen. Ansonsten wurde im Osten selbst jedoch denkbar wenig in Infrastruktur und Personal investiert. Mit dem Journalismus, den die Überregionalen in den zurückliegenden Jahrzehnten anboten, konnten sich Ostdeutsche wenig identifizieren. In den schwierigen Jahren des Systemwechsels und in der gesellschaftlichen Konsolidierungsphase, die bis heute läuft, fanden und finden die Leute zwischen Thüringer Wald und Ostsee deutlich stärker Orientierung und Neuorientierung in den Regionalzeitungen und im regionalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Bereits Anfang der 1990er, als ihre „Wendekonzepte" nicht aufgingen, hätten die westdeutschen überregionalen Blätter, so Stiehler, den Osten „einfach abgeschrieben". Das Interesse an überregionalen Presseprodukten brach im Osten generell weg.

Seit den 1990er Jahren sehen sich die Überregionalen steter Experten-Kritik ausgesetzt, keine Sensibilität für den Osten entwickelt zu haben. Ihre Diskurse über Ostdeutschland beschränkten sich auf Stasi, Doping, DDR-Misswirtschaft, Unrechtsregime, PDS, Umweltkatastrophe, Mauertote, Rechtsradikalismus. Stiehler dazu: „Das waren allesamt Delegitimierungsdiskurse, in denen westdeutsche Leitmedien und meist westdeutsche Kommentatoren die DDR be- und verurteilten. Diese Diskurse würdigten immer auch ein wenig das Leben und die Leistungen von DDR-Bürgern herab." Weshalb sollte man dafür auch noch bezahlen? Als einzige überregionale westdeutsche Zeitung schaffte es *Bild*, sich im Osten zu etablieren. Freilich sprach sie als Boulevardblatt andere Kundensegmente an, aber ihr simples Erfolgskonzept

war gleichwohl: Investitionen in fast jeder ostdeutschen Großstadt in Personal, Büros und Schlagzeilen (Mükke/Stiehler 2010). Die überregionalen Qualitätsmedien blieben dem Osten, abgesehen von einzelnen Korrespondentenstellen, eher fern, was sich freilich in der Berichterstattung niederschlug, wie einige Studien belegen – von denen hier zwei erwähnt werden sollen.

Gerit Schulze kommt in seiner Diplomarbeit „Konstruktion von Realität? Die Berichterstattung über Mecklenburg-Vorpommern im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* – eine Fallstudie“ (Schulze 2010) zu dem Ergebnis, dass der *Spiegel* tendenziell sehr stereotyp über Mecklenburg-Vorpommern berichtete – vom „leeren, bäuerlichen Nordosten“, das „spröde Land zwischen Bodden und Haff, so scheint es, ist eher für Kraniche als für Menschen gemacht … ein Bundesland, das sonst für Abwanderung und Niedergang steht, für dickes Blut und trübes Wetter, trotzige Rückständigkeit und schlimmsten Suff“ (*Spiegel* 38/1995, zitiert nach Schulze 2010). Trotz solch teils hämisch-beleidigender Berichterstattung, trotz „vorsätzlichem Weglassens wichtiger Aspekte“ und „sorglosem Umgang mit Fakten“ habe der *Spiegel*, so Schulze, dennoch viele heiße Eisen im Mecklenburg-Vorpommern angepackt. Und dies sei gerade „vor dem Hintergrund der weitgehend zahnlosen Regionalpresse in Ostdeutschland“ verdienstvoll.

Und Claudia Lasslop untersuchte „Das Bild Ostdeutschlands in westdeutschen Leitmedien“ und analysierte dafür Beiträge aus *Zeit* und *Spiegel*. Das Ergebnis: Häufig führt die Gegenüberstellung von Ost und West „zu dem Schluss, dass der Osten als negativ zu bewertende Abweichung von der westdeutschen Realität begriffen wird“, ein „negativ abweichendes Phänomen, was die westdeutschen Verhältnisse implizit als zu erreichende Norm darstellt und den Osten die Rolle als rückständiges Anhängsel zuweist.“ Aus der Berichterstattung ergebe sich „das Trugbild einer ostdeutschen Selbstverschuldung.“ Dabei bestehe „die Gefahr“, dass sie den Landesteil allein aus seiner Vergangenheit heraus erklären und die Leitfunktion und die invasive Rolle Westdeutschlands übersehen“ (Lasslop 2010, S. 198 ff.).

Das Berichterstattung, die derartige Frames und Grundstrukturen aufweist, sehr wahrscheinlich eher einem saturierten westdeutschen Stammpublikum schmeichelt und Ostdeutsche nicht zum Abschluss von Abonnements lockt, resümieren selbst westdeutsche Medienmanager, die lange Zeit im Osten arbeiteten. Heinz Verfürth etwa wurde in den 1990er Jahren von seiner Verlagsgruppe DuMont Schauberg als Chefredakteur aus Köln zur *Mitteldeutschen Zeitung* nach Halle an der Saale entsandt. 2007 fasst er seine Erfahrungen in den neuen Bundesländern so zusammen: „Die weitgehende Abwesenheit bekannter Schreiber mit ostdeutscher Sozialisation bedingt auch die sporadische bis häufig durchgehend verzerrende Berichterstattung in Westzeitungen über Vorgänge und Entwicklungen zwischen Elbe und Oder – und damit auch über Erfolge und Fortschritte im Vereinigungsprozess.“ Häufig würde mit „Süffisanz und

Häme“ geschrieben. Überregionale Zeitungen verstünden sich „nach wie vor als journalistische Speerspitze westdeutscher Eliten, für die der Osten ein ‚fremdes Land‘ ist und bleibt, wie es Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer bereits vor Jahrzehnten beschrieben haben.“ Befördert werde dadurch eine „wachsende Distanz“ weiter Kreise „der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber dem kapitalistischen und westlich-insinuierten System“. Die westdeutsche Welt bleibe den Ostdeutschen dadurch wesensfremd, „erst recht mit den vielen negativen individuellen Erfahrungen wie De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung – trotz aller milliardenschweren Transferleistungen.“ Verfürths Fazit: „So wie die Dinge liegen, wird die Lesergemeinde für *Zeit*, *Spiegel*, *FAZ* und *SZ* im Osten eine steinige Diaspora bleiben“ (Verfürth 2007).

Exkurs: Der Tiefpunkt Sebnitz

Den Tiefpunkt der überregionalen westdeutschen Berichterstattung über Ostdeutschland stellt zweifelsohne der „Medien-Gau Sebnitz“ dar, der Eingang in die deutsche Pressegeschichte finden dürfte. Schlagartig wurde die sächsische Kleinstadt im November 2000 deutschlandweit durch die Überschrift der *Bild*-Zeitung: „Neonazis ertränken Kind am helllichten Tag im Schwimmbad. Eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen“ bekannt (*Bild*, 23.11.2000). Die *Bild*-Zeitung war dem Verdacht der Eltern eines verstobenen Jungen gefolgt, Rechtsextremisten hätten ihn 1997 aus ausländerfeindlichen Gründen getötet und in Sebnitz werde das vertuscht. So gut wie alle Medien waren dieser ungeheuerlichen Vorverurteilung gefolgt. Kollektive Vorurteile und Stereotype über Sachsen und Ostdeutschland hatten Journalist*innen dazu verführt, ihren Recherche- und Sorgfaltspflichten nicht genügend nachzukommen, so die Dresdener Kommunikationswissenschaftlerin Anja Willkommen. Verstärkt wurde das durch eine unglücklich agierende Staatsanwaltschaft. Nicht nur die Boulevardpresse hatte sträflich versagt, sondern auch für überregionale Zeitungen fiel das Ergebnis von Willkommens Analyse beschämend aus. Die Überregionalen bedienten deutlich stärker als die Regional- und Lokalzeitungen die Klischees von der ostdeutschen Provinzstadt mit hoher Arbeitslosigkeit und schwelendem Fremdenhass. Verdächtigungen wurden als Tatsachen ausgegeben, Fakten und Bewertungen nicht deutlich getrennt. Ostdeutsche Zeitungen berichteten durchaus zurückhaltender und mit mehr Augenmaß. Der Vertrauensverlust der Sebnitzer Bevölkerung in Massenmedien sei entsprechend groß gewesen (Willkommen 2001). Der Fall Sebnitz dürfte bei vielen Sachsen und Ostdeutschen den Eindruck verstärkt haben, sie würden von überregionalen westdeutschen Medien stigmatisiert.

Trotz all dieser bedenklichen Befunde würde es zu kurz greifen, den Führungsetagen der überregionalen Medien mangelndes publizistisches Interesse und Ignoranz gegenüber Ostdeutschland zu diagnostizieren. Das wäre nur ein Teil der Wahrheit, denn zum einen vermeldeten sie als Chronisten ja die

großen Entwicklungen und Ereignisse im Osten und strengten auch immer wieder große Recherchen im Osten an. Aber zum anderen führten auch handfeste ökonomische Aspekte dazu, dass der Osten eher gemieden wurde. Zu unattraktiv war der Werbe- und Anzeigenmarkt in den deindustrialisierten neuen Bundesländern. Zynisch gesagt, konnte man die Situation dort über viele Jahre lang so zusammenfassen: Aldi und Norma werben in der Lokalpresse. Investitionen in Personal und Infrastruktur hätten also weder mit Abos noch mit Werbung refinanziert werden können. Unternehmerisch gedacht machte der Osten für die Hamburger, Frankfurter und Münchner Medienhäuser also wenig Sinn. Und vielleicht sogar auch inhaltlich nicht. Denn hätte man intensiver und differenzierter über Ostdeutschland berichtet, hätte das auch die westdeutsche Stammleserschaft irritieren können, da die Milieus, gesellschaftlichen Verfasstheiten und kulturellen Diskurse in Ost und West lange weit entfernt voneinander waren und es teilweise bis heute noch sind. Stiehler: „Der typische Ostdeutsche ist der ‚kleine Mann'. Im Osten zählt sich der Durchschnittsbürger zur unteren Mittelklasse. Günter Gaus nannte das ganz treffend ‚Das Volk der kleinen Leute' und sozialwissenschaftlich hat Wolfgang Engler das mit ‚Die arbeiterliche Gesellschaft' charakterisiert. Im alltagskulturellen Sinn gab es in der DDR keine Elite. Und dies ändert sich nur sehr langsam, es prägt Ostdeutschland bis heute. Für *Zeit*, *Spiegel* oder *FAZ* sind die Eliten aber die Kernzielgruppen. Im Sinne von Milieu und Habitus gibt es die im Osten weit weniger als im Westen. Was das Bildungsniveau anbelangt selbstverständlich schon. Dass es eine ostdeutsche Bildungselite gibt, darüber kann kein Zweifel bestehen." Die Bildungselite im Osten kannte sich jedoch genauso wenig mit westdeutschen Diskursen aus wie sich die Westdeutschen mit denen im Osten. Auch nach der Wiedervereinigung fehlte es viele Jahre an intellektuellem und medialem Austausch. Gedankengebäude und kulturelle Ausformungen seien sich vielfach fremd geblieben, sagt Stiehler. Das Führungspersonal der überregionalen West-Presse sah es über Jahrzehnte nicht als ihre Aufgabe, Ostdeutschland medial zu integrieren. Und Ostdeutsche besaßen und besitzen, mit Ausnahme der *Berliner Zeitung*, keine größeren Zeitungen und Zeitschriften (Stand: September 2020) und haben es auch kaum in Führungspositionen und die belle étage der überregionalen Medienhäuser geschafft, die den Mediendiskurs der Bundesrepublik maßgeblich prägen.

Was aber, wenn die Menschen im Osten Massenmedien mittlerweile sowieso gar nicht mehr primär zur Aufklärung nutzen wollen, sondern sie vor allem zur Bestätigung ihrer eigenen politischen und lokalen Sichtweisen brauchen, fragt Heiko Hilker, Gründer des Dresdner Instituts für Medien, Bildung und Beratung (DIMBB) und langjähriges Mitglied des MDR-Rundfunkrats. Seine Antwort: „Dann hätten westdeutsche Qualitätsmedien diese Situation zum einen mit verschuldet und zum anderen gegen MDR, *Bild-Zeitung*, *SuperIllu* und die alten Bezirkszeitungen dauerhaft schlechte Karten."

Exkurs: „Die Zeit" im Osten

19 Jahre nach der Wiedervereinigung brachte die *Die Zeit* erstmals eine Regionalausgabe für Sachsen heraus und eröffnete in Dresden ein Redaktionsbüro. Deutschlandweite Aufmerksamkeit fand dieser Schritt wohl weniger, weil für die *„Zeit für Sachsen"* zwei Journalist*innen – Stefan Schirmer (Redaktionsleiter) und Jana Hensel (Kolumnistin) – an den Start gingen. Sondern vor allem, weil Giovanni di Lorenzo die Eröffnung des Dresdner Korrespondentenbüros öffentlichkeitswirksam in Szene setzte und Kritik am eigenen Haus und der ganzen Branche übte. In einer Rede sagte der *Zeit*-Chefredakteur: „*Die Zeit* hat, wie andere überregionale Medien auch, in der Vergangenheit oft zu eindimensional über Ostdeutschland berichtet. Themen wie Arbeitslosigkeit, Entvölkerung und Rechtsextremismus spiegelten nur einen Teil der Wirklichkeit wider. Sachsen steht eben auch für wirtschaftlichen Erfolg, Kultur und Geschichte – und über diese Themen wollen wir künftig verstärkt berichten. Ostdeutschland soll im gesamten Blatt mehr Platz einnehmen." Der Leipziger Medienwissenschaftler Stiehler kommentierte: „Vielleicht stärkt es die publizistische Vielfalt und hoffentlich auch den hintergründigen Journalismus in Ostdeutschland. Zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs tragen die zwei Zeitungsseiten vermutlich wenig bei. Sie erscheinen nur in Sachsen und sind eine Marketing-Maßnahme. Auf mich wirkt das ein bisschen so wie die Sonderseiten für den Osten Anfang der Neunziger im *Stern* oder die Themenschwerpunkte im *Spiegel*: kleine Beigaben für die Abo-Problemzone."

Von der verkauften *Zeit*-Gesamtauflage von über 500.000 Exemplaren fielen 2010 nur rund 10.000 auf die Sachsen-*Zeit* (ca. zwei Prozent). Wobei wahrscheinlich ein nicht geringer Teil dieser wenigen Käufer*innen und Abonnent*innen zugezogene Leser*innen aus den alten Bundesländern waren. 2012 erfolgte dann die Umbenennung in *„Zeit im Osten"*, der Ausbau auf drei Seiten und der Umzug des Büros nach Leipzig. 2013 wurde das Verbreitungsgebiet der *Zeit-Ost*-Regionalausgabe auf ganz Ostdeutschland ausgeweitet (vgl. Flurfunk vom 25.9.2013). Von Leipzig aus betreut man bis heute mit vier angestellten Redakteur*innen alle fünf neuen Bundesländer – flächenmäßig ein Viertel der Bundesrepublik, in dem ein Sechstel der Bevölkerung lebt.

Zeit-Ost-Redaktionsleiter Martin Machowecz spricht von einer „Desinteresse-Spirale", die lange das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und überregionalen Qualitätsblättern bestimmt habe: Die westdeutschen Leitmedien seien enttäuscht gewesen von den Ossis, die sie nicht lesen. Und die Ossis seien enttäuscht gewesen, dass nicht über sie geschrieben wurde. Folgt man Machowecz' Deutungen, so steht die kleine Leipzig-Redaktion der *Zeit* für einen echten Neustart. Jahrzehntelang hätten die Überregionalen nur über den Osten berichtet, wenn dieser aus ihrer Perspektive interessant erschien. Und das sei in der Regel in Krisen oder bei Katastrophen der Fall gewesen. Doch *Die Zeit* habe das erkannt und mit der Ost-Redaktion darauf reagiert. Dass die Ost-Regio-

nalseiten nur in der Region Ostdeutschland erscheinen und zu einem gesamtdeutschen Informationsfluss und Diskurs kaum beitragen können, will Machowecz nicht gelten lassen: „Solche Regionalseiten sind eine Vertiefung." *Die Zeit im Osten* erzeuge „permanente Sichtbarkeit des Themas" auch in der Hauptredaktion in Hamburg. Dort werde mittlerweile auch in allen anderen großen Ressorts bundesweit über viele ostdeutsche Themen berichtet. Sei Christoph Diekmann über viele Jahre noch „ein großartiger Einzelkämpfer" in Sachen Osten gewesen, werden heute „Ton und der Sound" der ganzen Zeitung von einer größeren Zahl selbstbewusst auftretender ostdeutscher Journalist*innen mitbestimmt. Gegenwärtig gebe es bei der Print-Ausgabe der Zeit neben ihm noch einen zweiten ostdeutschen Ressortleiter. Wie in der Wirtschaft, an den Universitäten oder in der Verwaltung, so brauche es auch in den Medien mehr Ostdeutsche in Führungspositionen. Das mache einen „riesen Unterschied", so Machowecz.

Ein wichtiger Aspekt für die *Zeit*-Zentrale in Hamburg, sich heute stärker inhaltlich auf den Osten einzulassen, seien die vom Westen stark abweichenden Machtmuster im Osten: Die Wahlerfolge der AfD, der Faktor Linkspartei, die Schwäche der Grünen … All das habe dazu beigetragen, dass sich das westdeutsche Leitmedium dem Osten stärker zuwandte. „Die Ostdeutschen haben sich mit dem AfD-Wählen Aufmerksamkeit ertrotzt", resümiert Machowecz. Das Gute daran sei, dass sich jetzt alle bei der „CDU, SPD, die Kollegen bei den Medien wie dem *Spiegel*, der *Zeit*, den Regionalzeitungen, dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen" fragen würden, ob sie irgendetwas „übersehen haben" und es nun als ihre Aufgabe verstehen, die Ostdeutschen stärker in die Diskurse einzubinden. Zudem sei auch in Hamburg erkannt worden, dass sich ostdeutsche Identität nicht so einfach verflüchtige, sondern auf jüngere Generationen übertrage. Und: In den letzten Jahren entwickelte sich auch das Anzeigengeschäft im Osten ganz gut.

Machowecz: „Wir sind gerade dabei, einen lässigeren Umgang mit unserer Verschiedenheit zu finden." Zwar sei „der Markt" zwischen Rügen und Thüringer Wald immer noch „total schwierig", da es andere Lesegewohnheiten gebe und *Die Zeit* in den Haushalten nicht vererbt werde. Doch die Redaktion gewinne langsam Vertrauen, Leser*innen, Auflage und Anzeigekund*innen. Die buchhalterische Realität sieht nach Auskünften Machowecz' heute so aus: In allen neuen Bundesländern verkauft *Die Zeit* derzeit etwa 32.000 Zeitungen bei einer Gesamtauflage von 532.000 Stück Ende 2020. In den 32.000, sechs Prozent der Gesamtauflage, ist allerdings die Millionenmetropole Berlin nicht mit eingerechnet, erklärt Machowecz im Interview.

4 „Wer beherrscht den Osten?“ – Partizipation, Repräsentation und System-Loyalität der Ostdeutschen

Die Ergebnisse des Abschlussberichts der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, 2020 herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, sind so schlicht wie klar wie skandalös. Die Autor*innen der Studie konstatieren enge Zusammenhänge zwischen der skizzierten Minderrepräsentation von Ostdeutschen und der geringen Legitimität, die Ostdeutsche der Demokratie zusprechen, wie auch der politischen Passivität vieler Ostdeutscher. Die Kommission stellt zwar fest, dass eine angemessene Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen „im gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse“ liege. Aber davon sei man auch im Jahr 30 nach der Wende noch weit entfernt. In Ostdeutschland selbst sind demnach nur knapp ein Viertel aller Spitzenpositionen in Verwaltung, Justiz, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt, bei einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von über 85 Prozent. Das Nachrücken von Ostdeutschen in Spitzenpositionen vollziehe sich zudem sehr langsam, teilweise gehe ihr Anteil sogar zurück. Ostdeutsche seien – bis auf die politischen Repräsentationseliten – in keinem einschlägigen Bereich entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke repräsentiert. Die unzureichende Präsenz von Ostdeutschen in zentralen sektoralen Netzwerken der bundesrepublikanischen Gesellschaft gehe auf die Verstetigung des Elitentransfers von West nach Ost zurück, aber auch „auf den Exodus kreativer und leistungsstarker“ ostdeutscher Eliten. Zwei bis drei Millionen oft gut ausgebildete Ostdeutsche hätten seit 1989 ihre Heimat verlassen. Hinzu kämen deutliche West-Ost-Unterschiede beim Gehalt und den Vermögen.

Aber auch jenseits der jährlichen Berichte der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit und jenseits der Terminjournalismus-Hypes rund um Jubiläen wie 20, 25, 30 Jahre Mauerfall und Wiedervereinigung gewann der wissenschaftliche, mediale und politische Ost-West-Diskurs seit der Jahrtausendwende deutlich an Qualität und Schärfe. Die Ursachen dafür sind vielschichtig und handfest, etwa

- die aufgekommene Elite-Debatte,
- der Diskurs über das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern,
- die Verstetigung von Ost-Identitäten bei jungen Ostdeutschen oder
- das zunehmend selbstbewusste Auftreten ostdeutscher Akteure.

Diskutiert wurde und wird dabei im Kern häufig über zu geringe Partizipation, Repräsentation und Macht von Ostdeutschen. So ging etwa Werner Mittenzwei 2001 in seinem Buch „Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland“ darauf ein, wie ein erheblicher Teil der ostdeutschen Intelligenz im Vereinigungsprozess per Verordnung ausgegrenzt wurde. Der ostdeutsche Theater- und Literaturwissenschaftler schreibt: „Was sich im Ergebnis dieser Evaluation und Abwicklung vollzog, war nicht ein Elitenwechsel, den nun einmal jede Umwälzung auf die Tagesordnung setzt, sondern die Ausgrenzung einer intellektuellen Schicht in nie gekannten Ausmaß. Noch Ende der neunziger Jahre sah sich ein UNO-Gremium

veranlasst, die Bundesrepublik auf verletzte Menschenrechte hinzuweisen; denn von den Wissenschaftlern der DDR seien nur zwölf Prozent weiterbeschäftigt worden. Der Eindruck, dass die Wissenschaftler nicht aus fachlichen, sondern aus politischen Gründen entlassen wurden, sei nicht zu übersehen.“ Die Nachwende-Evaluation, die im „Mäntelchen von Pseudoobjektivität grobe Politik“ betrieben habe (Mittenzwei 2001, S. 494-497), traf insbesondere Akademiker*innen, Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes, Intellektuelle aber auch Jedermann. Die ostdeutsche Gesellschaft wurde wie selbstverständlich rigoros Maß genommen – Regelabfragen bei der Stasi-Unterlagenbehörde, Evaluierungskommissionen, Befragungen zu Staatsnähe und politischen Einstellungen, Massenentlassungen. Gesellschaftlicher und politischer Diskurs über diese Hergänge oder gar ein Versöhnungsprozess mit politisch Andersdenkenden war von vorn herein nicht intendiert. Auch massenmedial wurde dieses Vorgehen kaum infrage gestellt. Vor diesem Hintergrund begannen sich viele in Ostdeutschland zu fragen, wieso in Westdeutschland nicht annähernd so radikal gegen Nationalsozialisten vorgegangen worden war wie in Ostdeutschland gegen jeden, der intensiver mit dem Staat DDR verbunden gewesen war. Dem massenmedial und akademisch ausdauernd vorgetragenen Diktaturen-Vergleich von Dritten Reich und DDR empfanden und empfinden viele Ostdeutsche, gleich welchem politischen Lager im demokratischen Spektrum sie angehören und bei vollem Respekt vor den Opfern des DDR-Regimes, als peinliche Zumutung und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Der Eliten-Diskurs gipfelte unter anderem in der Studie „Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung“, erstellt an der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (Blum/Jacobs 2016). Deren Ergebnisse fielen verheerend aus, was die Teilhabe der Ostdeutschen anbelangt. „Statt neue eigene Eliten zu entwickeln oder an das neue Staats- und Gesellschaftssystem anzupassen, wie es in den meisten osteuropäischen Ländern passierte“, besetzten Westdeutsche in den neuen Bundesländern in „allen Bereichen auch fast alle Führungspositionen“, so die Studie. Die Ostdeutschen, die mit über 85 Prozent „die klare Mehrheit in der Wohnbevölkerung“ der neuen Bundesländer stellen, sind in den Eliten bei weiten nicht adäquat repräsentiert. Die Autoren stellen fest, dass vielerorts eine Frauen- aber nirgends eine Quote für Ostdeutsche gefordert werde, obwohl die Ostdeutschen in Führungspositionen noch „viel stärker eine Minderheit bilden als Frauen.“ Laut Bluhm und Jacobs liegt der Anteil der Ostdeutschen in den Neuen Bundesländern 2016 unter den

- Vorsitzenden Richtern der obersten Landesgerichte bei 5,9 Prozent,
- Rektoren und Kanzlern der Hochschulen mit mehr als 5.000 Studierenden bei 14 Prozent,
- Leitungsspitzen der größten Forschungsinstitute bei 15 Prozent,

- ca. 200 Generälen und Admirälen der Bundeswehr sind zwei Ostdeutsche (für Gesamtdeutschland),
- den Geschäftsführern bzw. Leitung der Zeitungsverlage bei neun Prozent,
- Chefredakteuren der größten Regionalzeitungen bei 62 Prozent,
- Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Landesmedienanstalten im NDR, RBB und MDR gab es 2011 die erste ostdeutsche Intendantin (siehe Abschnitt 3.2),
- unter den nachrangigen Führungspositionen, den Bereichsdirektoren sowie den Chefredakteuren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind nur etwa 25 Prozent Ostdeutsche, wobei über die Hälfte der Zuschauer und Zuhörer dieser drei Rundfunkanstalten aus Ostdeutschland komme (Blum/Jacobs 2016).

Das Fazit der Blum/Jacobs-Untersuchung fällt deutlich aus: „Eine adäquate Repräsentanz der ostdeutschen Wohnbevölkerung in den ostdeutschen Eliten findet sich nirgends. Auch bundesweit sucht man ostdeutsche Führungskräfte vergeblich. Nur 1,7 Prozent der betrachteten Spitzenpositionen auf Bundesebene sind von Ostdeutschen besetzt – bei einem Bevölkerungsanteil von bundesweit 17 Prozent."

Der oben erwähnte Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit" (2020) erwähnt auch die „massive Unterrepräsentation" von Ostdeutschen im Mediensektor und bei den Intellektuellen. Als aussagekräftiger Indikator hierfür kann die Buch- und Verlagsbranche herangezogen werden. In dieser kam es in den neuen Bundesländern zu einem weltweit wohl einmaligen, maximal brachialen Kahlschlag, einem verheerenden Exodus intellektuellen Lebens und Infrastruktur gesellschaftlicher Debatte. Die einst stark und vielfältig aufgestellte Verlagslandschaft Ostdeutschlands, potentiell Ernährer tausender kreativer und intellektueller Köpfe, verschwand nach 1989 fast komplett. Im Jahr 2006 kamen nur noch 2,6 Prozent der gesamtdeutschen Titelproduktion aus Ostdeutschland. Ostdeutsche Verlage waren am Gesamtumsatz der Verlagsbranche nur noch mit 0,9 Prozent beteiligt (Links 2009).

Das dieser intellektuelle Super-Gau auch deutliche Spuren und Fehlstellen in massenmedialen Diskursen hinterließ und hinterlässt, steht außer Frage. So antwortet Thea Dorn, Moderatorin des Literarischen Quartetts, 2020 auf die Frage, ob sie mehr Diversität in ihre Sendung bringen möchte: „Unbedingt. Ich bin kein Anhänger des identitätspolitischen Rechenschiebers (...). Deswegen möchte ich dringend darum bitten: Schaut aufs ganze Jahr, nicht nur auf die einzelne Sendung! Von 1989 bis 2001 waren, wenn ich richtig gezählt habe, im Quartett ganze drei Gäste aus der DDR beziehungsweise den neuen Bundesländern. Das ist schon seltsam, und in den viereinhalb Jahren von 2015 bis jetzt sah es noch trister aus. Hierin ein Defizit zu erblicken hat nichts mit einem Bekenntnis zu Identitätspolitik zu tun" (Dorn/Hildebrand 2020).

Für die kreativ-autonome Elite, der Eliten-Teil, der demokratische Streitkultur forciert

und als Störfaktor und geistiger Diskurs-Verstärker gegenüber herrschenden Eliten wirkt (siehe oben Eliten-Definition), bleiben die Umstände insbesondere in der ostdeutschen Fläche bis heute prekär, ein auskömmliches Leben zu führen und überhaupt Zugang zum medialen Diskurs zu finden, bleibt schwierig, zumal unabhängige Vereine, Kulturinstitutionen und politische Bildungsarbeit sich auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nach wie vor in einer Etablierungsphase befinden, oftmals geprägt von prekären finanziellen Rahmenbedingungen. Private Förderstrukturen und Mäzenatentum konnten durch die zurückliegende De-Industrialisierung und Abwanderung bislang nicht im erforderlichen Maße aufwachsen.

Selbstverständlich nimmt die ostdeutsche Bevölkerung die umrissenen Zustände, Machtverhältnisse, Eliteverhältnisse, Karriere-Hürden, Einkommens- und Besitzunterschiede innerhalb Deutschlands direkt und intensiv wahr. Es ist diese Wahrnehmung, die seit 30 Jahren ihre Einschätzung zementiert, minderwertig und „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, wovon je nach Umfrage bis zu zwei Drittel der Ostdeutschen ausgehen (vgl. 30-Jahre-Wende-Studie des BMI). Die diskriminierenden Defizite an Repräsentation und Partizipation sind konstituierender Teil der Selbstverortung als „ostdeutsch“. Hierin begründet sich auch das deutlich geringere Vertrauen, das Ostdeutsche auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in Massenmedien setzen. So kam eine Forsa-Umfrage 2018 zu dem Ergebnis, dass nur 27 Prozent der Ostdeutschen der Presse vertrauen, im Westen seien es 43 Prozent (*Süddeutsche Zeitung*, 2. Januar 2018). Ostdeutsche stehen auch der Demokratie generell deutlich skeptischer gegenüber als Westdeutsche. Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach resümiert 2019: Nur 42 Prozent der Befragten in Ostdeutschland geben an, dass die in Deutschland gelebte Demokratie die beste Staatsform sei. In Westdeutschland meinen dies 77 Prozent. Bedenklich auch: Nur jeder zweite Ostdeutsche meint, Grundrechte wie die Meinungsfreiheit seien in der Bundesrepublik wirksam geschützt (*Zeit Online*, 23. Januar 2019).

5 Die neue Kritik – DDR-Oppositionelle und die 3. Journalist*innen-Generation Ost

Die neue Qualität der Debatte über Ostdeutsche und die Massenmedien lässt sich heute auch daran erkennen, wer sie führt. Nie zuvor haben Ostdeutsche so verschiedenen Alters und so verschiedener politischer und intellektueller Verortung dermaßen intensiv öffentlich Wort ergriffen und den gesamtdeutschen Diskurs derart selbstbestimmt mitgeprägt wie in den letzten Jahren.

Dass DDR-Oppositionelle und Publizist*innen wie Ilko-Sascha Kowalczuk sich inzwischen derart scharf zu Wort melden, ist ein spannender und wichtiger Befund. Mit seinem Buch „Die Übernahme“ hinterfragt er unerwartet deutlich „Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde.“ Oder Klaus Wolfram, Ko-Verleger des Basisdruck-Verlags und Mitgründer des Neuen Forums, mit seiner Rede vor der Akademie der Künste „Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen?“ – Er spaltete im November 2019 das Akademie-Auditorium in zwei Lager und schaffte es mit seinen Thesen bis in die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Siemons 2020). Drei Jahrzehnte lang, so Wolfram, spinne die alte Bundesrepublik „ihr altes Selbstgespräch über Ostdeutschland fort und fort – doch inzwischen hört dort niemand mehr zu.“ Wolfram spricht über die „Zerstörung der eigenen medialen Öffentlichkeit“ der Ostdeutschen. Kaum zwei Jahre nach 1990 habe es in Ostdeutschland keine einzige TV-Station, keine Rundfunkanstalt, keine größere Zeitung mit gewachsener Leser-Blatt-Bindung mehr gegeben, die nicht in westdeutscher Hand war. „Die Generalaussprache, das politische Bewußtsein, die soziale Erinnerung, alle Selbstverständigung, die sich eine ganze Bevölkerung gerade eben erobert hatte, verwandelte sich in Entmündigung und Belehrung. (…) Das war eine scharfe Kehre, die durchaus verstanden wurde und umgehend als Lähmung wirkte.“ Zusammen mit der institutionellen Zerstörung der ostdeutschen Öffentlichkeit sieht Wolfram insbesondere das Thema Stasi als „Schlagschatten“, der ein reales gesellschaftliches Gespräch verhindere und mit dem „eine westdeutsche Vorstellungswelt die konkrete Erinnerung der Ostdeutschen bedrängt, verdrängt und verdunkelt. Man könnte auch von Missbrauch des Themas sprechen.“ Die Wurzeln dieses Umgangs seien die „Prägung der westdeutschen Intelligenz durch die Auseinandersetzung mit dem Faschismus.“ Das Übergewicht dieser westdeutschen Perspektive sei erst ermöglicht worden „durch die vollständige Abwicklung der akademischen und medialen Intelligenz“ des Ostens und die „unsaubere Redeweise“ von den „zwei deutschen Diktaturen“ wirke als Kolonialisierung[1] (Wolfram 2019).

Neben ehemaligen Vertreter*innen aus den Milieus der DDR-Opposition verschafft sich eine andere Gruppe zunehmend Gehör im gesamtdeutschen Diskurs: jüngere ostdeutsche Journalist*innen, die zum Teil erst nach 1989

1 Wolfram geht auch auf die Spaltung und innere Zerrissenheit der ostdeutschen Bevölkerung ein: „Wenn die demokratische Kompetenz von 1989 heute eine eigene Stimme, Öffentlichkeit und Handlungsfähigkeit hätte, was würde sie dann, an ihrem 30. Geburtstag in dem neuen Leben, sagen und tun?“ Sie würde, so Wolfram, unter anderem „erkennen, daß zu der Gewaltlosigkeit zwei Seiten gehörten“ und würde zur „anderen Seite sagen: Gut, wir sind noch immer anderer Meinung als Ihr – und Ihr seid es umgekehrt wahrscheinlich auch. Aber Ihr habt damals nicht geschossen, habt uns unseren Weg gehen lassen; habt Euch einer unbekannten Zukunft gebeugt. Deshalb soll von jetzt an jede verordnete Ausgrenzung enden. Also: Generalamnestie, Ende der Regelanfrage u. ä.“ (Wolfram 2019).

geboren wurden. Offenbar will diese Generation nicht wie ihre Eltern einfach hinnehmen, dass ihre Inhalte, Narrative und Erfahrungen und ihre Karriere- und Erfolgsaussichten wegen ihrer ostdeutschen Herkunft beschränkt sein könnten. Sie sind mit den oben skizzierten Verhältnissen groß geworden und wissen um die Verwerfungen und darum, dass sich westdeutsche Eliten im Osten seit 30 Jahren halten und reproduzieren. „Das Rumoren wird besonders unter den jüngeren in Ostdeutschland geborenen Journalistinnen lauter", schreibt 2019 Anne Haeming im Fachblatt *MediumMagazin*. Allerdings scheint auch diese Generation auf gesamtdeutschen Parkett keiner allzu rosigen Journalist*innen-Zukunft entgegen zu gehen. So ist z. B der Anteil der Ostdeutschen in den wichtigen Journalist*innen-Schulen, dort, wo ein wichtiger Teil des Nachwuchses für Führungspositionen in Medienunternehmen ausgebildet wird, auch im Jahr 2018/19 ausgesprochen gering. Nach einer Umfrage des *MediumMagazins* sind beispielsweise in der

- RTL-Journalistenschule null von 28 Schüler*innen Ostdeutsche,
- Axel-Springer-Akademie fünf von 66,
- Burda-Journalistenschule eine*r von 23,
- Nannen-Schule zwei von 14,
- Katholischen Journalistenschule ifp zwei von 34 und
- Evangelischen Journalistenschule Berlin eine*r von 15.

Derart geringe Ausbildungszahlen lassen vermuten, dass das Einbringen ostdeutscher Perspektiven und Führungskompetenz wahrscheinlich auf Sankt Nimmerlein verschoben wird. Dass junge ostdeutsche Journalist*innen dahingehend indes gemeinsame Anliegen haben, steht für das *MediumMagazin* außer Frage: Sie wollen „Puzzlestücke zur facettenreichen ostdeutschen Identität liefern, Geschichten bergen", die bislang nicht erzählt sind und mediale Leerstellen füllen. Hinter dem ganzen Diskurs lauere letztlich die Frage: „Braucht es eine Ost-Quote in den Medien?" Dazu konstatiert das *MediumMagazin*: Die Ja-Stimmen häufen sich. *Zeit*-Autorin Jana Hensel ist dafür, Anja Maier von der *taz* oder MDR-Intendantin Karola Wille, die bei einer Ost-Quoten-Diskussionsrunde der Medientage Mitteldeutschland bemängelte, dass etwa zu wenig Ostdeutsche in den ARD-Nachrichtenredaktionen arbeiteten. SWR-Hörfunk-Redakteurin Katharina Thoms, gebürtige Brandenburgerin, meint, die Quote könne das Missverhältnis in Redaktionen ändern, andere Vorbilder und Biografien könnten sichtbar werden. Marie Sophie Schiller sagt: „Ich glaube nicht, dass die Dimension dessen, was in den letzten 30 Jahren passiert ist, bislang hinreichend erklärt ist" und möchte verhindern, „dass der Osten nach den Landtagswahlen und den Jubiläumstagen wieder vom Radar verschwindet" (Haeming 2019). Und auch *Zeit-Ost*-Redaktionsleiter Martin Machowecz erklärt im Gespräch mit dem Autor: „Die Einheit ist insgesamt nach westdeutschem Modell durchgeführt worden, der Großteil der Macht liegt bis heute im Westen. Das hat sich in den Redaktionen genauso gespiegelt wie bei großen Behörden, Verwaltungen oder großen Konzernen. Immer ist der Ostdeutsche eher hinterhergelaufen und hat versucht, sich anzupassen." Machowecz findet, die Quote – „zumindest als Drohung" – sei „ein gutes Instrument."

6 Politische Eruptionen anhaltender Ungerechtigkeiten

Die jahrzehntelange massenmediale Stereotypisierung Ostdeutschlands sowie die Marginalisierung ostdeutscher Perspektiven insbesondere im überregionalen Mediendiskurs eröffnet reichlich Angriffsfläche für Kritiker*innen aus allen Milieus und politischen Lagern. Auf die Frage, ob er einen Zusammenhang zwischen der mangelhaften medialen Partizipation und Repräsentation der Ostdeutschen einerseits und den „Lügenpresse"-Rufen und dem starken Rechtsruck in Ostdeutschland andererseits sehe, antwortet Michael Meyen: „Vermutlich ist die Wirklichkeit wichtiger als das, was die Medien daraus machen. Besitzverhältnisse, Lebenschancen, soziale Mobilität. Wem gehören die Immobilien in den hübsch sanierten Innenstädten? Wer bestimmt in Behörden, Universitäten, Unternehmen? Welche Möglichkeiten haben meine Kinder, das zu erreichen, was ich nicht schaffen konnte?" Die Erfahrungen, anders zu sein als die Mehrheitsgesellschaft und dass sich soziale Hierarchien nicht verändern, scheine sich zu vererben, erklärt der Professor für Medienwissenschaft von der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Es sei nicht schwer, „das mit einer Wut zu verlinken, die sich auch gegen den Journalismus richtet" (Meyen/Mükke 2020).

Die Forderungen und Auseinandersetzungen über die empfundenen und realen medialen Ungerechtigkeiten sind unterdessen auf höchster ostdeutscher Politik-Ebene angelangt – und werden dort mit maximaler Lautstärke und atemberaubend offener Vehemenz vorgetragen. Die in Sachsen-Anhalt regierende CDU und ihr Ministerpräsident Reiner Haseloff kritisieren schon länger, der Osten sei in den öffentlich-rechtlichen Anstalten unterrepräsentiert und werde dort nicht genügend und verzerrt abgebildet. Auch wird hinterfragt, weshalb 30 Jahre nach der Wiedervereinigung von den 50 sogenannten ARD-Gemeinschaftseinrichtungen nur eine einzige in Ostdeutschland angesiedelt ist – der Kinderkanal KiKa in Erfurt. Haseloff setzt sich seit Jahren dafür ein, mehr Ostdeutsche bspw. in Führungspositionen in den Ost-West-Anstalten NDR und RBB zu platzieren und für eine zurückhaltendere Entlohnung der Top-Manager bei ARD, ZDF und Deutschlandfunk. Für die CDU in Sachsen-Anhalt ist der Themenkomplex offenbar so wichtig, dass sie bereit war, dafür über maximalen Ärger maximale bundesweite Aufmerksamkeit zu generieren: Sie stellte sich 2020 gegen die geplante Gebührenerhöhung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, riskierte damit eine schwere Krise im Magdeburger Landtag und juristische Auseinandersetzungen inklusive eines Verfassungsbeschwerdeverfahrens. Im politischen Feld blieb die Magdeburger CDU mit ihren Reformforderungen und „Ost-Themen" allein. Bemerkenswert: Der oben bereits erwähnte Kommissionsbericht „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit" fordert unter Punkt „Sichtbarkeit Ostdeutschlands erhöhen" nichts anderes als die sachsen-anhaltinische CDU. Dort steht: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten in Deutschland sollen „die Berichterstattung aus den neuen Ländern in ihren vielschichtigen Programmen besser sichtbar werden lassen sowie sich selbst verpflichten,

innerhalb der kommenden Jahre eine deutlich höhere Zahl von Führungskräften mit ostdeutscher Biografie heranzuziehen – solange, bis ihr Anteil dem Bevölkerungsanteil der Ostdeutschen in der Bundesrepublik entspricht.“ Im politischen Feld fehlen für den Umgang mit diesen sensiblen Fragen jedoch jegliche Konzepte und so bekam Haseloff für seine Forderungen lediglich von der rechts-populistischen Alternative für Deutschland (AfD) Applaus.

Die AfD zieht seit langem politischen Profit aus dem vernachlässigten Thema „ostdeutsche Minderrepräsentanz.“ Seit jeher kritisiert sie lautstark den „Staatsfunk“, wie sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk diskreditiert. Freilich geben ARD und ZDF auch der AfD Raum und Präsenz im Programm, entlarven aber auch immer wieder die oft simplen und gefährlich völkischen Versprechungen der AfD. Wohl auch deshalb behauptet die AfD immer und immer wieder, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem sei politisch nicht unabhängig, zu teuer und vernachlässige Ostdeutschland. Dem stellt sie ihre Idee eines „Grundfunks“ entgegen und will die Rundfunkgebühren und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner heutigen Form quasi abschaffen. Ein um 90 Prozent reduziertes „Basisangebot“ sollte nur noch zehn Prozent des heutigen Budgets kosten und alle Kosten würden auf große Medienkonzerne und Streaming-Plattformen umgelegt (vgl. Lobe 2020).

Weshalb solch ungezügelte Pläne Anhänger*innen finden? – Bürgerrechtler Wolfram stellt die außerordentlichen Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland in folgenden Zusammenhang: „Es sind vielleicht 5 Prozent ihrer hiesigen Wählerschaft, die wirklich die Überzeugungen der Parteiführung teilen. Aber die Wunde der öffentlichen Sprachlosigkeit schwärt schon lang, das mag 15 Prozent ergeben.“ Die aktuellen 25 Prozent seien dagegen „ein echtes Lernergebnis der Ostdeutschen“ aus den schlechten gesellschaftlichen „Umgangsformen“ der zurückliegenden Jahrzehnte. Die AfD sei kein „ostdeutsches Produkt, sondern eine ganz und gar westdeutsche Konsequenz.“ Sie verkörpere die Trennung des kleinen vom großen Bürgertum im politischen System der alten Bundesrepublik und verändere diese „zur Kenntlichkeit“ (Wolfram 2019).

7 Schlussbemerkung und Handlungsempfehlungen

1989/90 hatten sich die DDR-Bürger*innen so gut wie aller Milieus in einem historischen Selbstermächtigungsprozess selbstbewusst und weitgehend friedlich demokratisiert. Durch den gewählten Vereinigungsprozess und die Übernahme des Ostens durch die Bundesrepublik wurde dieser Prozess gelähmt. Intellektuelle und akademische Selbstverständigung gerieten im Osten zu einem schwierigen Unterfangen, auch weil Ostdeutsche unzureichend in Massenmedien repräsentiert wurden. In bundesweiten massenmedialen Diskursen blieben Ostdeutsche ebenso zu lange Objekte von Berichterstattung wie sie in den Elite-Netzwerken der Bundesrepublik bis heute Außenseiter blieben.

Nicht nur für Politik-, Sozial-, Geschichts- und Medienwissenschaftler*innen ergeben sich daraus viele Fragen, deren detaillierte Erforschung und öffentliche Diskussion zur Heilung historischer Narben beitragen könnten. Welche Zusammenhänge und Wechselwirkungen bestehen bspw. zwischen der massiven Provinzialisierung und Monopolisierung der ostdeutschen Presse- und Medienlandschaft, der jahrzehntelangen Minderrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Elitenetzwerken einerseits sowie der ausgeprägten Sympathie vieler Ostdeutscher für rechtspopulistischer Bewegungen andererseits? Was bewirken Unterrepräsentation generell und speziell von Minderheiten gesellschaftspsychologisch? Erfüllte der ausgeprägte Chauvinismus überregionaler westdeutscher Leitmedien in den Ost-West-Machtkonstellationen der Bundesrepublik nach 1989 Funktionen? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Nachwende-Erfahrungen und dem Misstrauen vieler Ostdeutscher in demokratische Institutionen und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Wie nun weiter?

Heiko Hilker erklärt, Massenmedien können ihren Auftrag, Vielfalt in einer lebendigen Demokratie zu sichern, nur gerecht werden, wenn Tiefe und Qualität der Informationen und Hintergründe von Meinungsverschiedenheiten komplex aufgearbeitet würden. Je komplexer also eine Frage sei, so der Institutsleiter und ehemalige Medienpolitiker, umso notwendiger ist die vielfältige Aufarbeitung der vorhandenen Wertungen und Erfahrungen.

Dies untermauern auch die mühsam erkämpften Rechtsmaßstäbe der Bundesrepublik. Und Medien in Ost wie West täten gut daran, sich auf diesen demokratischen Auftrag und ihre Aufgabe und Funktion in der repräsentativen Demokratie zu besinnen, so wie sie etwa in verschiedenen Bundesverfassungsgerichts-Urteilen festgeschrieben wurden. Im *Spiegel*-Urteil von 1966 ist bspw. formuliert: „In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Sie faßt die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen der Tagespolitik ständig am Maßstab der im Volk tatsächlich vertretenen Auffassungen messen können“ (Bundesverfassungsgericht 1966). Ausgrenzung, Benachteiligungen und

Diskriminierungen sind Gift für das demokratische Gemeinwesen. Das Gegenmittel dazu ist Partizipation.

Handlungsempfehlungen

Aus dem Skizzierten lassen sich einige Handlungsvorschläge ableiten.

1. Die Diskussion über Quoten für Ostdeutsche sollte gesamtgesellschaftlich als Gerechtigkeitsdiskussion ernst genommen werden. Führungskräfte und Personal-Abteilungen in Unternehmen, Organisationen, Wissenschaftseinrichtungen und Verwaltungen sollten diesbezüglich insbesondere in Ostdeutschland stärker sensibilisiert und aufgefordert werden, das demokratiefeindliche Phänomen der Unterrepräsentation Ostdeutscher stärker zu beachten.
2. ARD und ZDF sollten dafür sorgen, die Repräsentanz Ostdeutscher und ostdeutscher Perspektiven in Leitungsgremien und zentralen Nachrichtensendungen wie *Tagesschau* oder *heute* und investigativen Formaten zu sichern und die Chancen von Quotenlösungen zu diskutieren. Die Ergebnisse sollten in Berichten veröffentlicht werden.
3. Das Bundesforschungsministerium sollte einen Sonderfonds zur Erforschung der Situation von Journalismus und Massenmedien in Ostdeutschland bereitstellen, dessen Mittel bevorzugt an qualifizierte Ostdeutsche und Medienforschungseinrichtungen mit Sitz in Ostdeutschland ausgereicht werden. Unter anderem sollte die Rolle von Medienpolitik und Propaganda und der überregionalen Medien sowie der Zeitungs- und Zeitschriftenverbände im Wende- und Vereinigungsprozess stärker erforscht werden.
4. Westdeutsche Medienunternehmen sowie entsprechende Verleger- und Branchenverbände sollten ihre Archive für eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung des Wende- und Vereinigungsprozess zugängig machen.
5. Um den kritisch-kontrollierenden Journalismus in den Neuen Bundesländern zu stärken und zu fördern, sollten die Bundes- und die Landesregierungen Sonderförder- und Stipendienprogramme für journalistische Initiativen in und für Ostdeutschland auflegen. Durchführungsorganisationen können unabhängige Journalistenorganisationen und -verbände wie Netzwerk Recherche, Journalist*innen-Union oder die Freischreiber sein.
6. Journalisten-Schulen und Journalistik-Studiengänge sollten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe reflektieren, weshalb sie so wenige ostdeutsche Absolvent*innen haben und Auswege aus dieser Situation finden.
7. Die ostdeutschen Landesregierungen sollten deutlich mehr Mittel für mehrjährig konzipierte Veranstaltungsreihen in mittleren und kleineren Städten und Landgemeinden Ostdeutschlands bereitstellen, um dort u. a. gesellschaftliche Gespräche über das Pro und Contra von Journalismus und Massenmedien zu fördern. Durchführen sollten diese Demokratie fördernden Projekte ostdeutsche Wissenschafts-, Kultur- und Berufsorganisationen und -initiativen.

8. Die politischen Parteien sollten Konzepte erarbeiten, wie sie mit den skizzierten Verwerfungen und den daraus entstandenen Konflikten umgehen wollen.
9. Die westdeutsche überregionale Qualitätspresse sollte sich öffentlich mit der Frage auseinandersetzen, weshalb sie im Osten seit 30 Jahren kaum Absatz findet.

Die interviewten Personen

Heiko Hilker, Gründer des Dresdner Instituts für Medien, Bildung und Beratung (DIMBB) und seit über 20 Jahren Rundfunkratsmitglied beim Mitteldeutschen Rundfunk; mehrere Telefongespräche zwischen Juli und September 2020, Fragen u. a. zu Ost-West-Verhältnis, Medien-Wende, Treuhand-Privatisierung, die Jugendbewegung um DT64, Aufbau des Mitteldeutschen Rundfunks, Partizipation und Repräsentation von Ostdeutschen in Massenmedien.

Sergej Lochthofen, langjähriger Chefredakteur der *Thüringer Allgemeinen Zeitung*; Gespräch am 14. Juli 2020 in Erfurt u.a. über die Arbeit der Treuhand bei der Privatisierung der ostdeutschen Regionalzeitungen, Medien-Wende in den neuen Bundesländern, Ost-West-Verhältnis, Quotenfrage, Medien und populistische Parteien.

Martin Machowecz, Redaktionsleiter *Zeit im Osten*; Gespräch am 15. September 2020 in Leipzig; u. a. über die Arbeit der Zeit-Redaktion in Ostdeutschland, das Ost-West-Verhältnis, Sebnitz, Abo-Entwicklungen im Osten, die Rolle der überregionalen Leitmedien in Ostdeutschland.

Prof. Dr. Michael Meyen, Professor für Medienwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Online-Gespräche zwischen Mai und September 2020, u. a. über Lebenslauf und Karriere in DDR und BRD, die Journalistik der Universität Leipzig, die Arbeit der Treuhand, Ost-West-Verhältnis, die Rolle der überregionalen Leitmedien in Ostdeutschland, Deutungsmacht von Massenmedien (ausführlich unter https://www.message-online.com/das-wissen-um-die-wucht/).

Prof. Dr. Hans-Jörg Stiehler, emeritierter Professor für Empirische Kommunikations-und Medienforschung der Universität Leipzig; Gespräch am 17. August 2020 in Leipzig u. a. über Medien-Wende, Treuhand-Privatisierung, die Rolle der überregionalen Leitmedien in Ostdeutschland, Partizipation und Repräsentation von Ostdeutschen in Massenmedien, Vertrauen in Massenmedien, Medien und populistische Parteien, die „erschöpfte Gesellschaft“.

Literatur

Arnold, K./Classen, Ch. (Hrsg.) (2004): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag.

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien. 17. Juni 2009. Thema: Unterrichtung durch den Intendanten des MDR „Berichterstattung an die Landtage – Mitteldeutscher Rundfunk – Geschäftsjahr 2007“ Drs 4/14489. Dresden.

Bluhm, M./Jacobs, O. (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Eine Studie der Universität Leipzig und des MDR. Im Auftrag des MDR. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.) (2020): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, online unter: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/30-jahre-deutsche-einheit/30-jahre-deutsche-einheit-node.html (abgerufen 17.12.2020).

Bundesverfassungsgericht (1966): Spiegel-Urteil, BVerfGE20, 162, online unter http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv020162.html, (abgerufen 10.01.2020).

Dorn, Th./Hildebrand K. (2020): „Bleiben wir am Text! Das „Literarische Quartett“ kehrt zurück – mit Thea Dorn als neuer Moderatorin. Ein Gespräch darüber, wie man heute im Fernsehen über Bücher reden sollte, Süddeutsche Zeitung, 15.02.2020, S. 44.

Flurfunk (25. September 2013): „Zeit im Osten“ jetzt mit größerem Verbreitungsgebiet, online unter https://www.flurfunk-dresden.de/2013/09/25/zeit-im-osten-jetzt-mit-groserem-verbreitungsgebiet/ (abgerufen 20.01.21).

Haeming, A. (2019): Die Mauer in den Medien. Medium-Magazin, 4/2019, S. 18-20.

Haller, M./Mükke, L. (2010): Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Hensel, H. (2010): Den Schritt nach Osten nie bereit. Westdeutsche Chefredakteure bei ostdeutschen Regionalzeitungen. In: Haller, M./Mükke, L.: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 60-76.

Herkel, G./Tröger, M. (2019): Desillusion der Wendezeit. IN: Menschen Machen Medien, online unter https://mmm.verdi.de/medienwirtschaft/desillusion-der-wendezeit-59091, (abgerufen 17.08.2019).

Hilker, H. (1995): Jugendradio DT64 und die DT64-Freundeskreise. Die Jugendbewegung zum Erhalt des DDR-Jugendradios DT64. 1. Auflage.

Hinz, M. T. (2000): Entwicklung und Transformationsprozess ostdeutscher Presseerzeugnisse am Beispiel der Wochenpost. Zugriff online unter https://www.grin.com/document/99321

Hoffmann-Riem, W. (1991): Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland: Stellungnahme zu Vorschlägen über den Aufbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern. Hamburg: Hans-Bredow-Institut.

Hübinger, G. (2008): Intellektuelle. In: Burkhardt, K./Huber, C. K./Schmalz, G./von Dobeneck, J./Weichert, S.: Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch. S. 160-164.

Kapitza, A. (1997): Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozeß der deutschen Vereinigung. Wiesbaden: Springer VS.

Köhler, J. (1990): Der Deal. Vorgeschichte und Auswirkungen der Frequenzvergabe von Jugendradio DT64 an RIAS Berlin. In: Die Andere, 36-f1990.

Kowalczuk, I.-S. (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München: C.H. Beck Verlag.

Lasslop, C. (2010): Das Bild Ostdeutschlands in westdeutschen Leitmedien. Eine Untersuchung der Berichte über Ostdeutschland des Nachrichtenmagazins Der Spiegel und der Wochenzeitung Die Zeit. In: Haller, M./Mükke, L.: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, S. 194-207.

Lektorat für Rundfunkgeschichte beim Staatlichen Komitee für Rundfunk (Hrsg.) (1974): Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Berlin, Heft 1.

Lektorat für Rundfunkgeschichte beim Staatlichen Komitee für Rundfunk (Hrsg.) (1984): Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Berlin, Heft 2.

Lektorat für Rundfunkgeschichte (Hrsg.) (1990): Radio im Umbruch. Funkhaus Berlin.

Links, Ch. (2009): Das Schicksal der DDR-Verlage – Die Privatisierung und ihre Konsequenzen. Berlin: Ch. Links Verlag.

Lobe, A. (2020): Ost-West-Streit um öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. In: Medienwoche, Magazin für Medien, Journalismus, Kommunikation & Marketing, online unter https://medienwoche.ch/2020/12/15/ost-west-streit-um-oeffentlichen-rundfunk-in-deutschland/ 15.12.2020 (abgerufen 16.12.2020).

Lochthofen, S. (2010): „Wir haben uns tastend vorwärts bewegt." Über die Entdeckung der Pressefreiheit und den Umgang mit westdeutschen Zeitungsverlegern. In: Haller, M./Mükke, L.: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, S. 27-39.

Meyen, M. (2020): Das Erbe sind wir. Warum die DDR-Journalistik zu früh beerdigt wurde. Meine Geschichte. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Meyen, M./Mükke, L. (2020): „Das Wissen um die Wucht", online unter www.message-online.com (abgerufen am 12.12.2020).

Mittenzwei, W. (2001): Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000. Leipzig: Faber & Faber.

Mükke, L./Stiehler, H.-J. (2010): „Eine eigenartige Wendung." Warum die überregionale Presse in Ostdeutschland scheitert. Ein Gespräch. In: Haller, M./Mükke, L.: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, S. 248-260.

Mükke, L./Stiehler, H.-J. (2011): Keine blühende Presse-Landschaft. In: Message. Internationale Zeitschrift für Journalismus 1-2011, S. 79-83.

Raabe, A. (2011): Schwarz wie die Macht. Intendantenwahl beim MDR: Die Klüngelei schon bei der Gründung rächt sich bis heute. In: Die Zeit, Nr. 39/2011, online unter https://www.zeit.de/2011/39/S-MDR-CDU/komplettansicht (abgerufen 14.09.2020).

Reiter, U. (2011): „Manche waren Drecksäcke", Spiegel-Gespräch vom 31.10.2011, online unter https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-81302995.html (abgerufen 03.09.2020).

Reiter, U. (2013). Gestatten, dass ich sitzen bleibe. Mein Leben. Berlin: Aufbau Digital.

Röper, H. (1991): Die Entwicklung des Tageszeitungsmarktes in Deutschland nach der Wende in der ehemaligen DDR. In: Media Perspektiven 7, S. 421-430.

Rummel, A. (1993): Die Rolle der Parteipolitik beim Aufbau des Mitteldeutschen Rundfunks. Diplomarbeit. LMU München.

Sächsischer Landtag (1991): Erhalt der Jugendprogramme DT 64 und Elf 99 nach dem 31.12.1991. Plenarprotokoll 1/32, S. 2058-2063.

Schneider, B. (1992): Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost), Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers des Innern, 4 Bd.

Schneider, B. (1992a): Die deutsche Tagespresse – eine (traurige) Bilanz. In: Media Perspektiven 7, S. 428-441.

Schneider, B. (2002). Die Wende auf dem Medienmarkt. In: Historisch-Politische Mitteilungen, 9(1), S. 217-226.

Schneider, B./Stürzebecher, D. (1998): Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Schulze, G. (2010): Die Berichterstattung über Mecklenburg-Vorpommern im Nachrichtenmagazin Der Spiegel – Eine Fallstudie. In: Haller, M./Mükke, L.: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, S. 172-193.

Siemons, M. (2020): Ostdeutscher Frühling. Ein Treffen mit Klaus Wolfram. In: FAZ, 24.02.2020, online unter https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/klaus-wolfram-ungleiche-verteilung-der-diskursmacht-in-deutschland-16646713.html (abgerufen 14.01.21).

Spiegel (11. März 1991): Der hat jeden Tag gefragt, online unter https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488177.html (abgerufen 20.01.21).

Statista (2020): Die verkauften Auflagen von Spiegel, Stern und Focus, online unter https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164386/umfrage/verkaufte-auflagen-von-spiegel-stern-und-focus/ (abgerufen 19.11.2020).

Steinmeier, F.-W. (2019): Rede zum Deutschen Radiopreis, online unter https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/09/190925-Deutscher-Radiopreis.html (abgerufen 27.09.2020).

Stürzebecher, D. (1997): Publizistische Einheit? Marktstrukturen und Wettbewerbsverhältnisse der Tagespresse in den neuen Ländern seit der Wende. Dissertationsschrift. Hannover: Universität Hannover.

Süddeutsche Zeitung (02. Januar 2018): Umfrage: Ostdeutsche haben kaum Vertrauen in Medien und Kirchen, online unter https://www.sueddeutsche.de/leben/gesellschaft-umfrage-ostdeutsche-haben-kaum-vertrauen-in-medien-und-kirchen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180102-99-480005 (abgerufen 10.10.2020).

Tröger, M. (2019): Pressefrühling und Profit. Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Ulrich, A. (2001): Sebnitz: Der Fall Joseph und die Folgen, online unter https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/sebnitz-der-fall-joseph-und-die-folgen/227678.html (abgerufen 23.08.2020).

Verfürth, H. (2007): Fremde Welten. Die Macher der West-Qualitätszeitungen haben es im Osten schwer – ähnlich wie Ost-Journalisten bei den Elitemedien im Westen. In: Message, Internationale Zeitschrift für Journalismus, 2-2007, S. 2-5.

Walter, B./Martin, W. (2020): Wie der DDR-Rundfunk sich bei der Westmusik bediente, online unter https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/wenn-der-zoll-musik-beschlagnahmt-li.105931 (abgerufen 22.09.2020).

Weißgerber, G. (2019): Klaus Wolfram: Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen? – Eine Entgegnung, online unter https://www.iablis.de/iablis/themen/2019-formen-des-politischen/forum-2019/592-klaus-wolfram-was-war-und-zu-welchem-ende-kam-die-politische-energie-der-ostdeutschen-eine-entgegnung (abgerufen 20.09.2020).

Willkommen, A. (2001): Ein bemerkenswerter Fall. Joseph, Sebnitz und die Presse. Dresden: Sächsische Staatskanzlei.

Wolfram, K. (2019): Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen? Rede an der Akademie der Künste, online unter https://www.iablis.de/iablis/themen/2019-formen-des-politischen/campus-2019/591-was-war-und-zuwelchemende-kam-die-politischeenergieder-ostdeutschen (abgerufen 20.01.21).

Wonn, G. (2020): „Vor ihnen ein Garten Eden. Hinter ihnen Stasiland." Eine Diskursanalyse über die Rolle der Westmedien im Wandlungsprozess der Wende. Masterarbeit. LMU München.

Zeit-Online (2019): Allensbach-Umfrage: Ostdeutsche vertrauen der Demokratie weniger als Westdeutsche, online unter https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/allensbach-umfrage-ostdeutsche-vertrauen-demokratie-marktwirtschaft?utm_referrer=https%3A%2F%2F (abgerufen 10.10.2020).

Über den Autor

Dr. Lutz Mükke, geboren 1970, Lehre zum Intarsienschneider/Tischler, war zu DDR-Zeiten in der offenen Jugendarbeit und Friedensbewegung der Evangelischen Kirche aktiv. Abitur nach der Wende über zweiten Bildungsweg, ab 1996 Studium der Journalistik und Afrikanistik in Leipzig und Kampala/Uganda, Volontariat bei der *Leipziger Volkszeitung*, Promotion an der Universität Leipzig, war Wissenschaftlicher Direktor am Europäischen Institut für Journalismus- und Kommunikationsforschung und federführender Mitgründer des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit; Medienjournalist und Mitherausgeber der Journalismus-Fachzeitschrift/Plattform *Message*, Afrika-Reporter u. a. für *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine*; Gründungsmitglied von Africa Vagabonds, Mitherausgeber des Buches „Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR“ und Autor der Sachbücher „Korrespondenten im Kalten Krieg“ und „Journalisten der Finsternis“.

Weitere Informationen: www.muekke.de

OBS-Arbeitspapiere

Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

Nr. 44	„Alleine ist man zerbrechlich“ – Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storks, Jana Faus, Rainer Faus)
Nr. 43	Streitfall Vermögenssteuer – Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)
Nr. 42	Mauer in den Köpfen? – Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
Nr. 41	Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
Nr. 40	Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
Nr. 39	Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien – Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
Nr. 38	Rechte Allianzen in Europa – Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
Nr. 37	Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
Nr. 36	Krimis, Kontroversen, Kochrezepte – Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
Nr. 35	Agenda-Setting bei ARD und ZDF? – Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
Nr. 34	Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
Nr. 33	Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
Nr. 32	Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
Nr. 31	Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
Nr. 30	Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
Nr. 29	Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
Nr. 28	Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
Nr. 27	Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
Nr. 26	Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
Nr. 25	Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:
Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank:	**HELABA Frankfurt/Main**
IBAN:	**DE11 5005 0000 0090 5460 03**
BIC:	**HELA DE FF**

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank:	**HELABA Frankfurt/Main**
IBAN:	**DE86 5005 0000 0090 5460 11**
BIC:	**HELA DE FF**

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 103***
  Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
  Medienmäzen Google
  Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
  Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
  Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
  Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
  Leif Kramp, Stephan Weichert
  Nachrichten mit Perspektive
  Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
  Tim Engartner
  Wie DAX-Unternehmen Schule machen
  Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
  Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
  „Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
  Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
  Lutz Frühbrodt, Annette Floren
  Unboxing YouTube
  Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
  Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
  Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
  Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96***
  Rainer Faus, Simon Storks
  Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?
  OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95***
  Bernd Gäbler
  AfD und Medien
  Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94***
  Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
  Deutschlands Blogger
  Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
  Michael Haller
  Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
  Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter
www.otto-brenner-stiftung.de

Otto Brenner Stiftung | Wilhelm-Leuschner-Straße 79 | D-60329 Frankfurt/Main

OBS-Arbeitspapier 45

30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung

Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?

www.otto-brenner-stiftung.de